INTERIM

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

13. 2. 1997

Nr. 408

Hallo, etwa ein halbes Dutzend Demoaufrufe hat uns zu dieser Ausgabe erreicht...
Nach dem Mord an Frank aus Magdeburg werden die Antifa-Demos in Hellersdorf
Kaulsdorf oder anderswo sicherlich an Brisanz zunehmen.
Ansonsten haben wir wegen der zum Teil umfangreichen Beiträge andere Texte (zum
Beispiel zur Sexualitätsdebatte) verschoben.
Tschüß!! See you!!!

Ps: Im Übrigen hat uns der Frauen-Redebeitrag auf der Siemensdemo gut gefallen
und wir würden uns freuen, wenn er vielleicht bei uns landet...

Magdeburg: Punk ermordet

Täter waren vermutlich Naziskins.

Von Ivo Bozic

Den Schädel von schweren
Stiefeln zertreten, zahlreiche
Stichwunden, die von einem
Messer herrühren. So fand ein
Passant den 17jährigen Punker
Frank Böttcher am Samstag ge-
gen vier Uhr früh an einer
Straßenbahnhaltestelle im Mag-
deburger Neubauviertel Olven-
stedt in einer Blutlache liegend.
Kurze Zeit später starb der Ju-
gendliche im Kankenhaus an sei-
nen Verletzungen. Bei der Tat
handelt es sich offenbar um einen
politisch motivierten Mord von
Skinheads. Dafür spricht fast al-
les, dagegen nichts. Doch die
Magdeburger Polizei suchte am
Sonntag dennoch nach anderen
Möglichkeiten. Polizeisprecher
Lothar Schirmer erklärte der *jW*,
es könne sich auch um einen
Streit unter Linken gehandelt ha-
ben: »Es gibt ja bekanntlich sol-
che und solche Linke, die sich
auch voneinander distanzieren.
Manche prügeln sich auch schon
mal wegen einer Flasche Bier.«
Auch ein Raubmord sei nicht aus-
zuschließen, schließlich sei nur
150 Meter entfernt fast zur selben
Zeit ein Raubüberfall gemeldet
worden. Und »Klamottenrup-
pen«, also der Raub von Schuhen
und Jacken, sei unter Jugendli-
chen geradezu ein Freizeitsport.
Doch dem Opfer fehlten we-
der die Schuhe, noch die Jacke,
noch gibt es auch nur ein einzi-
ges Indiz, das auf einen Streit un-
ter Punks hinweist. Im Gegenteil,
die Fakten sprechen eine andere,
eine deutliche Sprache: Um 2.45
Uhr war der zierlich gewachsene
Punker Frank Böttcher mit der
Straßenbahn unterwegs zum
Krankenhaus in Olvenstedt, um
sich leichte Verletzungen behan-
deln zu lassen, die er sich nach
eigenen Angaben Zuhause zuge-
zogen hatte. Doch in der Straßen-
bahn kam es zu einer Konfronta-
tion mit Nazis. Den Kranken-
schwestern erzählte Frank Bött-
cher später, er sei »von Glatzen
angepöbelt« worden.

Die Plattenbausiedlung Olven-
stedt gilt als Hochburg der Nazis-
kins in Magdeburg. Offenbar lau-
erten die »Glatzen« dem jungen
Punker vor dem Krankenhaus auf.
Die Polizei ermittelt also *auch*
in diese Richtung. Eine Sonder-
kommission mit 15 Mitgliedern
wurde eingerichtet. Bis zum Re-
daktionsschluß lagen keinerlei Er-
kenntnisse vor. In der Antifa-Sze-
ne hingegen kursieren bereits Na-
men möglicher Täter. Es ist nicht
der erste Überfall auf einen Punk
in Magdeburg. 1992 wurde Thor-
sten »Lampe« Lamprecht bei ei-
nem Überfall von rund 60
Skinheads auf eine Punk-Fete in
dem Lokal »Elbterassen« mit ei-
nem Baseballschläger totgeprü-
gelt. Sieben Polizisten standen da-
neben, griffen aber nicht ein. Sie
hatten Angst. Ein Ermittlungsver-
fahren gegen die Beamten verlief
im Sande, der Prozeß gegen die
Täter endete mit vier Jahren Haft
für den Hauptverdächtigen – we-
gen Körperverletzung und Land-
friedensbruch. Der Mord blieb
ungeahndet. Im März 1996 griffen
vier Naziskins einen 18jährigen
Punk an, schlugen ihn ins Gesicht
und traten auf ihn ein.
Auch gegen AusländerInnen
kommt es in der Landeshauptstadt
Sachsen-Anhalts immer wieder
zu Überfällen. Höhepunkt war die
pogromartige Hetzjagd auf Afri-
kaner am Himmelfahrtstag 1994.
Aber auch im vergangen Jahr gab
es mehrere brutale Angriffe.
Die Naziskins haben in Mag-
deburg mindestens zwei Jugend-
clubs, in denen sie sich treffen.
Beide, »Rampe« und »Brunnen-
hof«, werden von der Landesre-
gierung gefördert. Der ehemalige
FAP-Funktionär Thorsten Heise
hat nachweislich in beiden Clubs
versucht, Leute zu rekrutieren.
Heise organisiert erfolgreich
große Skinhead-Konzerte, mit de-
nen er versucht, die rechte Szene
zu formieren. Auch im Umkreis
von Magdeburg war es zu solchen
Veranstaltungen gekommen, an
denen wie im März 1996 in Barle-
ben bis zu 1000 Rechtsextremi-
sten teilnahmen.
Am Sonntagnachmittag de-
monstrierten in Magdeburg über
500 Menschen, um ihrer Wut über
»die Tat von Faschisten« Aus-
druck zu verleihen. AnwohnerIn-
nen des Tatorts richteten eine
Mahnwache ein.

Inhalte:

Impressum:

Herausgeberin:
Interim e. V.,
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Redaktionsanschrift: ebenda

V. i. S. d. P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

WENN: Nazi-Aufmarsch
DANN: verhindern!

Am 15. Februar 1997 wollen organisierte Nazis in Berlin aufmarschieren. Aufgerufen hat dazu die Jugendorganisation der NPD, die Jungen Nationaldemokraten (JN). Wir AntifaschistInnen werden dem nicht tatenlos zusehen!

Nach den Verboten der militanten Neonaziorganisationen Anfang der 90er Jahre verblieb die JN als zentrale legale bundesweite faschistische Gruppierung. Unter ihrem Dach agieren hier in Berlin ehemalige Kader und Mitglieder der verbotenen Gruppen (z.B. FAP, NF) sowie die sogenannten unabhängigen Nazi-Kameradschaften. Die JN ist das Sammelbecken, in der sich sowohl die Schlips- und Kragenfaschisten als auch Stiefelnazis ein Stelldichein geben. Neben Schulungstätigkeiten -- bei denen junge Rechte in faschistischer Ideologie fit gemacht werden -- versucht die JN durch öffentlichkeitswirksame Aufmärsche ihre Basis zu verbreitern.

Den JN gelang es z.B. am 1. Mai 96 mit Billigung des PDS-Bürgermeisters Buttler 300 Nazis im Bezirk Marzahn aufmarschieren zu lassen. Im November 96 konnten sie in Köpenick ungestört ihre faschistische Propaganda verbreiten. **Schluß damit!**

Nach den rassistischen Mordversuchen wie in Mahlow oder Trebbin an britischen bzw. italienischen Bauarbeitern wollen die JN diese mit der Parole "Arbeit zuerst für Deutsche" ideologisch rechtfertigen. Als geistige Brandstifter stehen sie damit nicht alleine. Wofür die JN marschieren wollen, ist in Deutschland längst schon rassistische Praxis. Bei der Arbeitsplatzvergabe werden Deutsche bevorzugt. Das wird von weiten Teilen der Gesellschaft -- bis in die Gewerkschaften hinein -- mitgetragen.

Dem Naziaufmarsch am 15.2. wollen wir unseren entschlossen Widerstand entgegensetzen!

Weil die Nazis möglicherweise den Ort ihres Aufmarsches kurzfristig verlegen, ist in der Woche davor ein antifaschistisches Infotelefon geschaltet. Dort könnt ihr aktuelle Informationen erfragen und abgeben. Nähere Informationen zu den JN und anderen Nazis gibt´s in der lesenswerten Zeitung "Tuu Matsch Nazis", zu bekommen in jedem Infoladen.

Den Naziaufmarsch mit allen nötigen Mitteln verhindern!

GEGENKUNDGEBUNG

S-Bahnhof Kaulsdorf, 15.2.97, 12.30 Uhr

antifaschistisches Infotelefon

030/615 73 29

Montag, 10.2. bis Samstag 15.2.

FASCHISTISCHE STRUKTUREN ANGREIFEN!
DIE JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN ZERSCHLAGEN!

AufruferInnen: AG Autonome Gruppen * Antifa-Jugend-Aktion Kreuzberg (AJAK) * Antifa Jugendfront * Antifajugend Rote Dornen (ARD) * Antifa Marzahn/Hellersdorf * Antifa Süd-Ost (ASO) * Antifaschistische Aktion Berlin (AAB) organisiert in der AA/BO * Antifaschistische Gruppe im Prenzlauer Berg (AGiP) * Antifaschistische Initiative Moabit (AIM) * Bewegung 25.9. (B259) * BdA - die PrenzelbergerInnen * Edelweißpiraten * Für eine linke Strömung (FelS) * GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus * Jugendantifa Friedrichshain (JAF) * Rote Söckchen Friedrichshain * Rote Maulwürfe e.V.i.G. * unabhängige Antifagruppen

V.i.S.d.P.: Lieselotte Mayer, Mauerstr. 8, 10999 Berlin

...am 17.Dez. 1996 besetzte das das Kommando „Edgar Sanchez" der „Revolutionären Bewegung Tupac Amaru"(MRTA) die japanische Botschaft in Lima...

Nicht die Botschaftsbesetzung ist das Problem, sondern eine neoliberale Politik, die zu Armut und Verelendung führt!

...die MRTA nahm dabei an die 500 Personen gefangen, darunter die Folterchefs des Peruanischen Staates, den Chef der sogenannten Anti-Terrorgruppen, führende Generäle der Aufstandsbekämpfung, mehrere Minister, sowie ausländische Politiker und japanische Wirtschaftsbosse. Die jetzt noch verbliebenen 72 Gefangenen der MRTA kommen ausschließ-lich aus diesem Personenkreis, kommen also nicht aus der zweiten oder dritten Reihe. Wie sehr auch die bürgerliche Presse gegen die sogenannten Terroristen hetzte und den tatsächlichen Terrorismus, das Regime, in der Vertauschung von Ursache und Wirkung wie gewohnt ausblendet, so mußte sie zugeben, daß die Wirtschaftspolitik der neoliberalen Diktatur immer größereTeile der Bevölkerung in die Armut drängt. Allerdings ist diese monetaristische Politik so neu nicht, sie hat ihren Vorgänger unter anderem in der chilenischen Diktatur unter Pinochet.
Die mit dieser Wirtschaftspolitik notwendig verbundenen Methoden heißen in Peru:

- Die Ausschaltung des Parlaments April 1992
- ein Vernichtungskrieg gegen alles was als Subversion bezeichnet wird, dessen Folge Zehntausende Tote aus der Zivilbevölkerung sind
- die Verfolgung der Linken und Unterdrückung der ArbeiterInnenbewegung
- der Krieg gegen die Campesinos/as unter Beschuldigung des Drogenanbaus oder der Guerillakooperation
- Tränengas gegen ArbeiterInnen
- giftige Unkrautvernichtungsmittel gegen Campesinos/as
- Todeszellen der eh schon isolations- und körperlich gefolterten politischen Gefangenen

Mit der zynischen Lüge einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik Fujimoris werden diese Tatsachen verdeckt bzw. relativiert, und Peru als neoliberaler, Modellstaat Lateinamerikas über Wirtschaftsverträge auch von der BRD unterstützt.
Hinter der Figur des Präsidenten ist es jedoch der militärische Apparat, der die Fäden in der Hand hält. Das wurde nur eine Woche vor der Botschaftseinnahme der MRTA deutlich, als der ehemalige General und spätere Menschenrechtsaktivist Rudolfo Robles nach dreijährigem Exil in Argentinien nach Lima zurückkehrte. Robles sagte aus, daß im Oktober 1996 der Bombenanschlag auf einen Fernsehsender von einer Todesschwadron der Armee durchgeführt worden sei, die bereits 1992 neun Studenten und einen Professor der La Cantuta-Universität in Lima erschlagen hatte. Robles wurde daraufhin inhaftiert. Auch auf Intervention Fujimoris selbst wurde er nicht freigelassen. Erst als erdie Anschuldigung zurücknahm, ließen ihn die Militärs laufen.
Von den ca. 9000 politischen Gefangenen aus 14 Hochsicherheitstrakten Perus gehören etwa 400 der MRTA und der tupacamaristischen Volksarmee EPT an. Victor Polay Campo, Maria Lucero Cumpa Miranda und Peter Cardenas Schulte, allesamt Teil der nationalen Führung der MRTA, werden in 2m x 3m großen Zellen, die acht Meter unter der Erde ohne Kontakt zur Außenwelt und ohne sanitäre Versorgung gehalten. Um das Leben und die Gesundheit dieser und der anderen GenossInnen von MRTA und EPT zu verteidigen sehen wir die Botschaftsbesetzung als legitimes, angemessenen und zur Erlangung dieses Zieles unverzichtbares Mittel an.

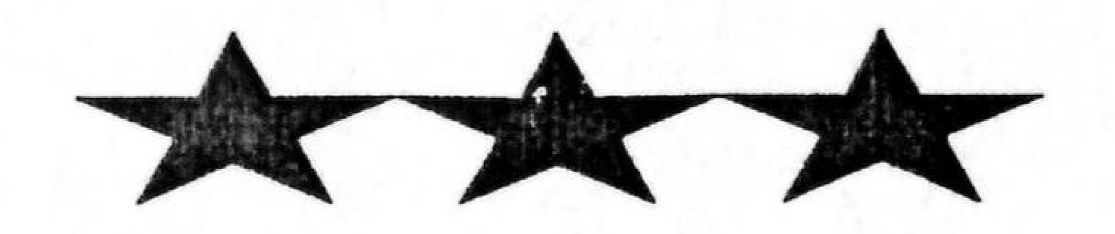
Im Gegensatz zum maoistisch-stalinistischen Sendero Luminoso orientiert sich die MRTA an der cubanischen Revolution, Che Guevaras Guerillakampf und rekrutierte sich aus aktiven GewerkschafterInnen der Fabrikkämpfe in Lima. Für die Veränderung der materiellen Bedingungen in Peru erachtet sie illegale Kampfformen nicht nur für notwendig sondern unabdingbar, und diese müssen sich deshalb breit im „Bewußtsein, der Organisation und der Praxis des politisch-militärischen Kampfes" verankern. Aus diesem Grunde legt sie einen Schwerpunkt auf die Arbeit mit oder in den Basisorganisationen, die sie für den notwendigen revolutionären Prozess zu gewinnen sucht.

Mit der Auswahl der japanischen Botschaft in Lima hat die MRTA bewußt ein Objekt imperialistischer Interessenspolitik angegriffen. Hierzu die nationale Leitung der MRTA:
„Diese militärische Besetzung haben wir aus Protest an der Einmischung der japanischen Regierung in die inneren politischen Angelegenheiten unseres Landes durchgeführt. Die japanische Regierung hat zu jedem Zeitpunkt die Menschenrechtsverletzungen der Regierung Fujimoris ebenso wie die Wirtschaftspolitik unterstützt, die für die Mehrheit der peruanischen Bevölkerung nur zu mehr Hunger und Elend geführt hat."
Der Imperialismus schützt seine Profite. Gleich nach der Besetzung wurden Anti-Terroreinheiten des US-Geheimdienstes, der deutschen Polizei und der peruanischen Militärs zusammengezogen um die Botschaft zu stürmen. Doch das war angesichts der vielen ausländischen Geiseln und des Drucks aus deren Herkunftsländern nicht möglich.
Auch wenn es der MRTA mit dieser Aktion nicht gelingen wird die politische Situation im Land umzukehren, so hat sie doch wieder aufzeigen können, was immer wieder verschwiegen wird:
Der Neoliberalismus, die einzig noch gangbare Option für die Herrschenden heißt in Peru Armut für die breite Bevölkerung, um der Profite westlicher Konzerne und ihrer peruanischen Verbündeten willen. Die Aktion der kommunistischen Guerilla in Lima ist Teil des Kampfes peruanischer ArbeiterInnen und Campesinos/as gegen die monetaristische Offensive des Neoliberalismus, gegen das sogenannte Ende der Geschichte, auch wenn sich aus diesem Kampf erst langsam wieder eine revolutionäre Perspektive entwickeln wird.

Freiheit für alle gefangenen Guerrilleros/as ...
...und alle anderen politischen Gefangenen

Nieder mit dem neoliberalen Regime

Solidarität mit der MRTA



Unterstützen wir alle die für Würde und soziale Gerechtigkeit kämpfen

Christoph

has been taken away in Afrika

dir war Afrika eine Faszination und ein Abenteuer
ein Wiedersehen mit Gebieten und ein Sein mit Geliebten
der Ausweg aus dem Einheitsbrei, der elendigen Tristesse
Sonne, mühseliges Wandern und gut Gras
laufen wie ein Kamel, unwillig und ausdauernd
neue Eindrücke und andere Widersprüche
Aufstehen, giraffenartig ungelenkt, aber graziös
ein Hike im Truck oder der Lebensabend mit Mopeds

Du, Fragment des dunklen Kontinents, bist auch Teil von uns

marika, peik, barbro, ulli, maazuu, armin,
anthony, martin, steven, ndakie, yvonne, petjii
und den unendlich vielen anderen,
denen du je über die Quere gekommen bist

man möchte alles hinwerfen
und sich mit der züchtung von rauhponnies
beschäftigen

CHRISTOPH SANDFORTH
starb am 30.Januar 1997
in der Nähe der Victoriafälle/Zimbabwe

Aufruf

Ihre Aktion ist berechtigt!

Nicht die Botschaftsbesetzung, sondern eine neoliberale Politik, die zu verschärfter Armut und Verelendung für die Mehrheit der Bevölkerung Perus führt, ist das Problem.

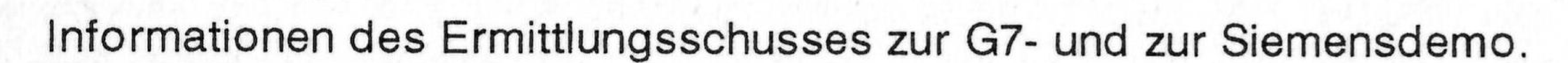
Tausende Frauen und Männer, die sich gegen diese barbarischen Verhältnisse gewehrt haben, werden in den Gefängnissen gefoltert.

Wir fordern eine politische Lösung, die zur Freilassung der politischen Gefangenen führt!

Abzug von Militär und Sondereinheiten!
Keine militärisch-logistische Unterstützung durch die BRD für die peruanischen Repressionsorgane!

Kommt zur Demonstration
am 16. Februar 97 um 14 Uhr,
vom Rosa Luxemburg Platz zum Konsulat Perus.

(Im Fall einer militärischen Erstürmung der Botschaft treffen wir uns um 20 Uhr im Mehringhof)



Informationen des Ermittlungsschusses zur G7- und zur Siemensdemo.

Von der G7 -Demo ist uns eine Festnahmen (Vorkontrolle) gemeldet worden.
Es waren wohl ca. 300 Leute auf der Demo.

Auf der Siemens-Demo waren ca. 4000 Leute. Wir wissen von insgesamt 32 Festnahmen. Davon waren sechs Festnahmen in der Vorkontrolle, eine sogar in Dreilinden, wo ein Bus aus Oldenburg-Bremen durchsucht wurde.
Die meisten Festnahmen gab es nach der Abschlußkundgebung und offiziellen Auflösung der Demo gegen 17 Uhr in der Kantstraße/Joachimsthaler. Uns sind 24 Festnahmen gemeldet worden. Die Bullen waren sehr brutal.

Es fällt uns seit längerer Zeit auf, daß die Bullen während der Demo ziemlich wenig Leute abgreifen. Sie provozieren zwar und machen enge Spaliere, zu massiven und brutalen Festnahmen kommt es oft erst nach Auflösung der Demo, auch auf dem Nachhauseweg; es ist kaum noch Presse da (sodaß selten darüber berichtet wird), viele sind am gehen, das stellt eine ziemlich ungeschützte Situation her, die die Bullen ausnutzen.
Diese Festnahmen ziehen oft auch heftigere Prozesse nach sich.

Also, rechnet damit, daß gerade nach der Demo abgegriffen und geknüppelt wird, paßt aufeinander auf und geht in Gruppen

Wir brauchen von allen, die Festnahmen oder Bullenübergriffe gesehen haben oder selbst betroffen sind, Gedächtnisprotokolle.
Ermittlungsausschuß, Gneisenaustraße 2A, 10965 Berlin.

In diesem Sinne grüßt der Ermittlungsausschuß

Berlin am 9.2.97

15. Februar 1997 CASTOR - ALARM !

Schienenaktionstag im Wendland

Auftakt: 12 Uhr Bahnhof Zernien
Abschluß 17 Uhr Bahnhof Hitzacker

Die Bahnstrecke Uelzen - Dannenberg wurde von der Deutschen Bahn AG (DB) im letzten Jahr stillgelegt. Für Castor-Transporte soll diese Strecke nach dem Willen der Betreiber weiterhin nutzbar bleiben. Die Sicherheit, auch der Brücken, sei gewährleistet, da sie alle **sechs** Jahre überprüft würden. Menschliches Versagen sei laut DB ebenfalls auszuschließen, da Züge automatisch gebremst würden, wenn ein Signal überfahren werde (Vorausgesetzt es existiert ein Signal und funktioniert auch).

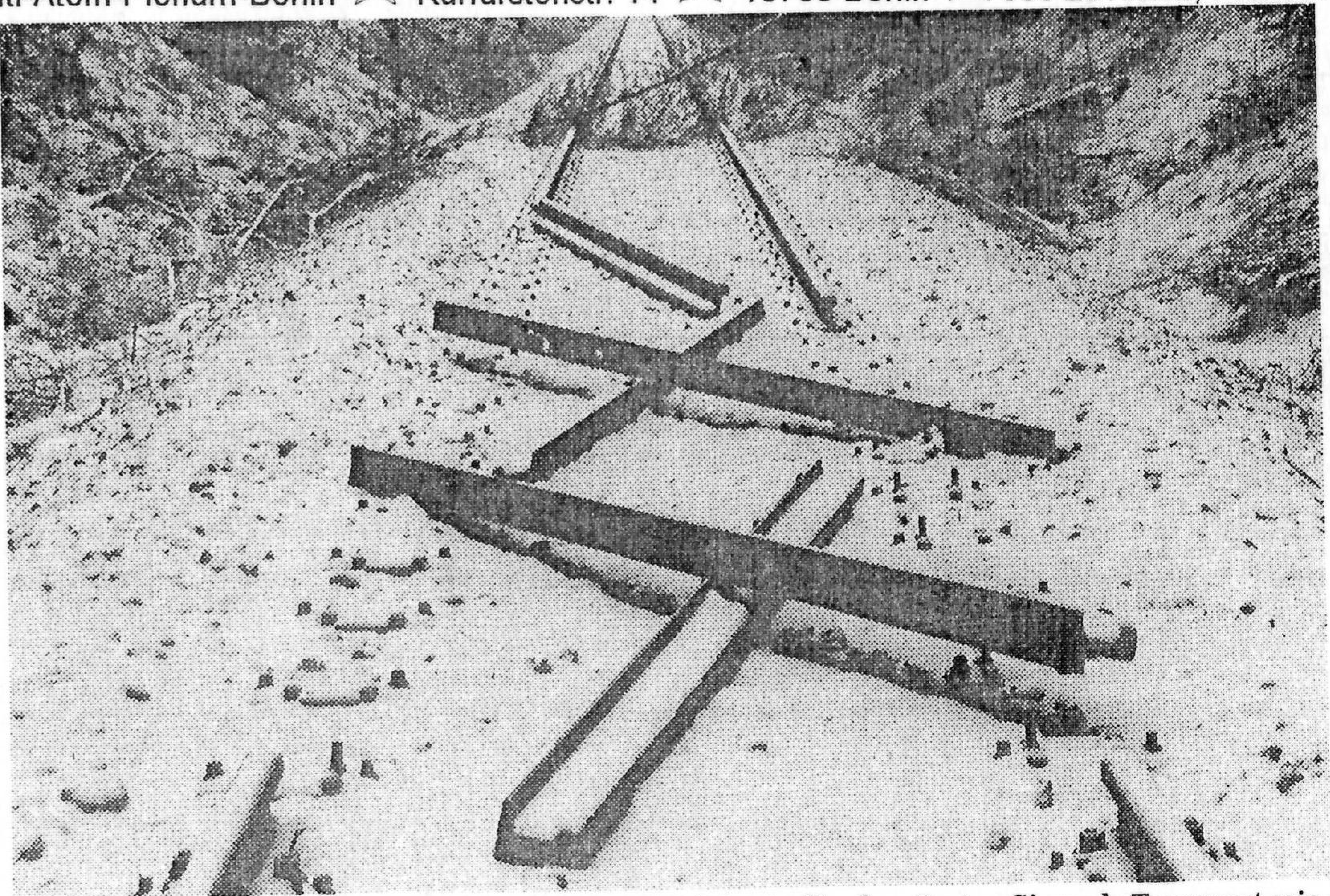
Der DB ist als einem Hauptverantwortlichen des deutschen Atomprogramms in diesem Zusammenhang wenig Glauben zu schenken: Für den jetzt beabsichtigten Castor-Transport aus dem AKW Neckarwestheim, an dem die DB mit 17% beteiligt ist, mußte vor Ort erstmal eine Brücke verstärkt werden. Der DB war bei den bisher durchgeführten Transporten nämlich entgangen, daß die Brücke nur für max. 90 Tonnen ausgelegt war.

Wir wollen uns deshalb am 15.2. ein eigenes Bild von dem Zustand dieser nunmehr ausschließlich für Atommülltransporte vorgesehenen Bahnstrecke Uelzen - Dannenberg machen und rufen deshalb alle Menschen, die etwas handwerkliches Geschick und technisches Verständnis besitzen, uns bei diesem Vorhaben tatkräftig zu unterstützen. Darüberhinaus sind natürlich auch Alle Anderen herzlich eingeladen, gemäß dem Motto:

Den Castor stoppen bevor er losfährt!

Von Berlin aus fahren Busse: Abfahrt: 15.2.97, **7 Uhr**, TU - Mathegebäude, Str. d. 17.Juni Karten gibs im Buchladen Schwarze Risse, Ex (Gneisenaustr. 2a) und im Infoladen M99 (Manteuffelstr. 96) Vorbereitungstreffen am Mittwoch den 12. Feb. um 20 Uhr im Krähenfuß (Humboldt-Uni)

☆ Anti-Atom-Plenum-Berlin ☆ Kurfürstenstr. 14 ☆ 10785 Berlin ☆ 030 2616252, Fax 030 2619812



DIE BAHNSTRECKE UELZEN–DANNENBERG könnte für den Castor-Sixpack-Transport wieder aktiviert werden. Um auf den ihrer Ansicht nach maroden Zustand dieser Linie aufmerksam zu machen, haben unbekannte Täter bereits vor einiger Zeit Gleise herausgetrennt und quer über die Bahnstrecke gelegt.

Magdeburger Trauermarsch führt in Randale

Ausschreitungen bei Gedenken an 17jähriges Gewaltopfer / Linke Szene um Deeskalation bemüht

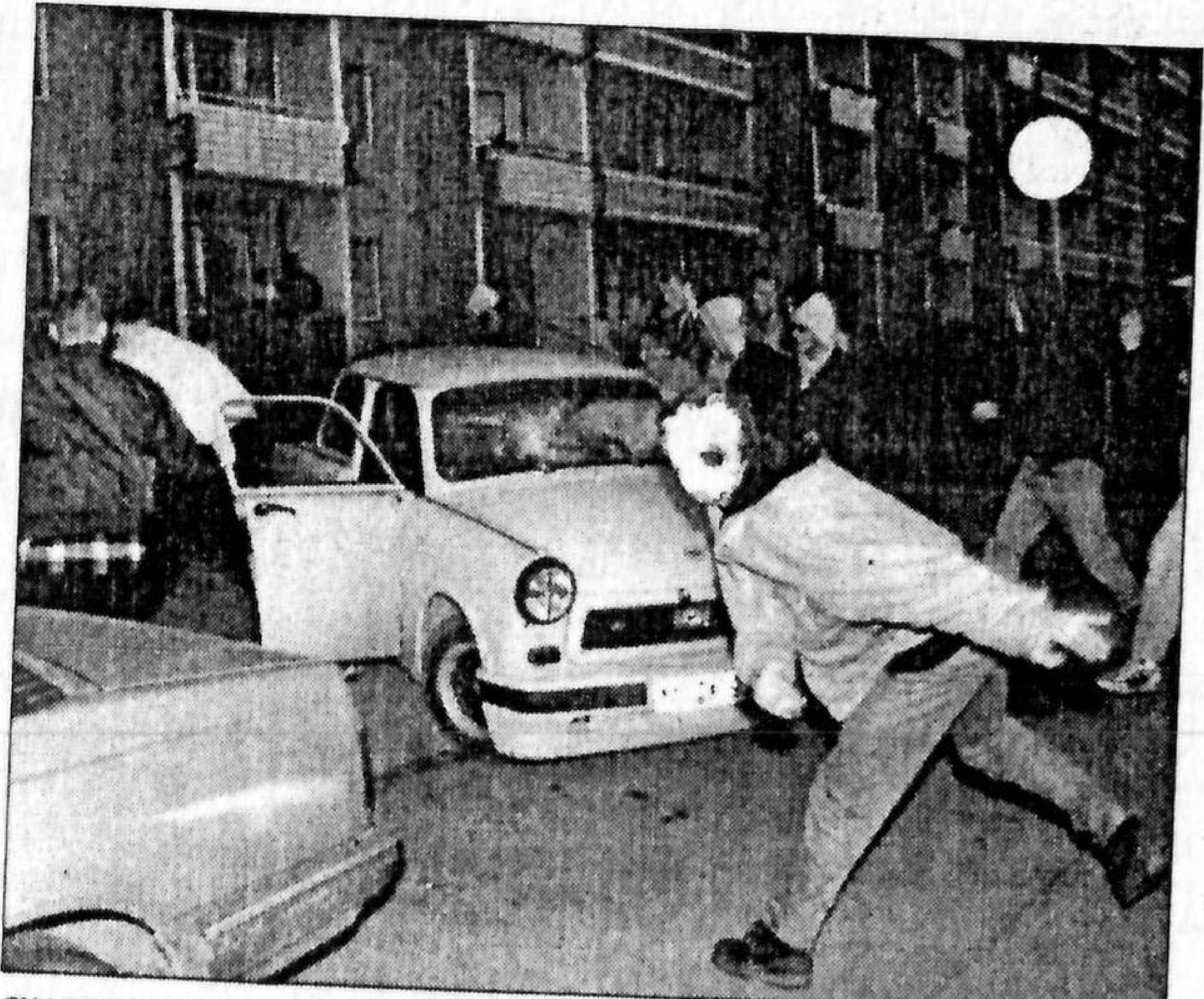
MAGDEBURG. Ursprünglich hatte es ein friedlicher Trauermarsch für den ermordeten 17jährigen Punk Frank Böttcher werden sollen. Aber dann eskalierten die Ereignisse. Die Randale dauerte auch in der Nacht zum Montag noch an. Demonstranten wie Polizei schieben sich gegenseitig die Verantwortung für die Ausschreitungen zu. Beide Seiten melden Verletzte, die Polizei darüberhinaus insgesamt zehn vorläufige Festnahmen. Diese Personen waren aber am späten Vormittag wieder auf freiem Fuß.

„Es ist nicht so ganz einfach zu erklären, wie die Auseinandersetzungen sich nun wirklich zuspitzten", sagt der bündnisgrüne Fraktionschef im Magdeburger Landtag, Hans-Jochen Tschiche, der bei der Demonstration dabei war. Zwischenfälle gab es schon, als der Zug den Stadtteil Neu-Olvenstedt erreicht hat, in dem der Mord in der Nacht zum Sonnabend geschehen war. Ein die Demonstranten filmender Anwohner wurde mit Steinen beworfen und warf daraufhin einen Blumentopf auf die Jugendlichen. Als zwei Demonstranten versuchten, in die Wohnung des Mannes einzudringen, wurden sie von der Polizei festgenommen. Unklar ist für Tschiche, wie es dann zu den Ausschreitungen kam, bei denen aus einem Trabant innerhalb weniger Minuten ein Wrack gemacht wurde. „Die Jugendlichen sagten, daß der Fahrer des Trabant beim Ausparken rückwärts in den Zug hineingefahren wäre", so Tschiche. „Aber das habe ich nicht gesehen und kann es nicht bestätigen."

Nur mit Mühe, so Tschiche, hätten er und der Leiter des Magdeburger Jugendamtes eine Eskalation der Gewalt nach Abschluß der Demonstration verhindern können. „Die Straßenbahn, mit der die Jugendlichen zurück in die City fahren wollten, war bereits knackevoll", so Tschiche. Und er habe nur in mehrfachen Verhandlungen mit dem Einsatzleiter der Polizei verhindern können, daß ein größeres Aufgebot an Bereitschaftspolizei die Bahn stürmt.

Die linke Szene ist offenbar selbst bemüht, die Situation nach dem Mord nicht weiter eskalieren zu lassen. Vor einem von Punks und Autonomen bewohnten Haus im Magdeburger Stadtteil Stadtfeld hatten Jugendliche zuvor errichtete Straßensperren selbst wieder abgebaut, nachdem der Einsatzleiter einer Hundertschaft erklärt hatte, die offensichtlich geplante Hausdurchsuchung abzublasen. Auch eine am Tatort geplante Mahnwache für den ermordeten Punk wird wohl nicht stattfinden. „Der Tatort liegt in Neu-Olvenstedt, und das ist nun mal eine Hochburg der rechten gewaltbereiten Szene", sagt Tschiche. „Die Teilnehmer der Mahnwache hätten rund um die Uhr Polizeischutz benötigt."

Die Polizei tappt nach wie vor im Dunkeln. „Der Junge hat sich vor dem Mord in einem Krankenhaus behandeln lassen, weil er von seiner Ratte gebissen worden war", sagt Polizeisprecher Lothar Schirmer. „Bei der Behandlung hat er gesagt, daß er schon auf dem Weg in die Klinik von Skinheads angepöbelt wurde." Dennoch wolle die Polizei bislang einen Raubmord oder eine Auseinandersetzung in der linken Szene nicht ausschließen. Die 15köpfige Sonderkommission ermittelt in alle drei Richtungen. Fest steht, daß die schweren Kopfverletzungen des Opfers durchaus von in der rechtsradikalen Szene beliebten Springerstiefeln stammen können. Tschiche hofft auf schnelle Aufklärung des Falles. Sie könne eine weitere Gewalteskalation verhindern.



CHAOS IN DEN STRASSEN. Demonstranten und Polizisten schieben sich gegenseitig die Schuld an den nächtlichen Ausschreitungen in Magdeburg zu. Foto: AP

EBERHARD LÖBLICH

DIE BAHN STOPPEN - DIE DISKUSSION WEITERFÜHREN!

Der nachfolgende Beitrag setzt sich mit dem Kommuniqué Autonomer Gruppen von Anfang Oktober 1996 auseinander. Wir haben für unseren Beitrag etwas länger gebraucht, trotz dieser Zeitspanne ist er in vielen Punkten nur an-, aber nicht ausdiskutiert. Die jüngsten Beiträge - vor allem aus der Interim von Ende Dezember und Januar - sind nur wenig berücksichtigt, obwohl wir sie wichtig und in ähnlicher Absicht wie die unserige einschätzen.

Ein Lob vorweg, liebe Autonome Gruppen. Wir fanden sowohl die Aktion als auch den längeren Beitrag zum Thema zeitgemäß und gelungen.

Zu den technischen Entwicklungen und Diskussionen rund um eine Verbesserung des Mittels möchten wir uns nicht äußern. (Hiermit soll nicht gesagt sein, daß dies nicht wichtig sei!!! Aber die jüngsten Erklärungen vom Dezember gehen u.E. in die

richtige Richtung.) Uns geht es vor allem um Ansichten zur und Einsichten in die Atompolitik und die Anti-AKW-Bewegung. Je länger und häufiger wir uns mit dem Kommuniqué befaßten, desto größer empfanden wir die darin enthaltenen Unklarheiten und Ungenauigkeiten. Das ist sicher derzeit auch ein Charakteristikum jeglicher linksradikaler Diskussion, auch der unseren.
Auch wir überlegen entlang der Frage, wie innerhalb der Anti-AKW-Bewegung Selbstverständnis einzubringen sei.
Die Anti-Atom-Bewegung ist - das bleibt festzuhalten - als solche erstmal ein Bündnis, besser eine Ansammlung diverser unterschiedlicher Gruppen, deren Gemeinsamkeit das Thema „Anti-Atom" ist. Derzeit ist es vielleicht eher angemessen, von einer Anti-Castor-Bewegung zu sprechen, obwohl von mehreren Strömungen Versuche gemacht werden, diese Fixierung zu durchbrechen, und die Auseinandersetzungen um den Castor als Ausgangspunkt der politischen Arbeit zu nehmen.
Wir sind der Ansicht, daß die Anti-AKW-Bewegung keine linke Bewegung war und ist. Es hat ganz sicher innerhalb dieser zu allen Zeiten (mehr oder minder radikale) linke Strömungen gegeben. Das ist nicht als Haarspalterei gedacht, sondern um Mißverständnissen und einer Mystifizierung der Vergangenheit entgegenzuwirken. Bürgerinitiativen und Anti-Castor-Bewegung sind in ihrem Selbstverständnis nicht systemoppositionell (was wir so gerne vor uns hertragen), sondern haben sich vor allem aus Betroffenheit gegründet. Einige Initiativen haben sich aufgelöst, einige arbeiten scheinbar unermüdlich an Sach- und Fachfragen, einige mobilisieren für immer neue Aktionen, wieder andere entwickeln Positionen zu politischen Themen über den einen Punkt hinaus.
Dann sind auch noch ganz andere Gruppen Teil der Anti-Castor-Bewegung: SchülerInnen- und Jugendumweltinis, kritische ÄrztInnen und bäuerliche Notgemeinschaft, Bürger und Spießbürger, Linksradikale, FrauenLesben, kritische Masse Wendland u.s.w. - kein Wunder, daß die Autonomen Gruppen „die Bewegung als sehr diffus" erleben. Sie ist eben in ihrer Zusammensetzung und ihren Äußerungen sehr diffus. Wir fänden es wichtig, die Möglichkeit der Kommunikation und Zusammenarbeit zu nutzen, um daran linksradikale Positionen endlich einmal deutlich zu machen, und dies als Forum zu begreifen, um bei allen Differenzen zu Gemeinsamkeiten in zugespitzten Fragen zu gelangen.
Es gibt in der radikalen Linken kaum eine Gruppierung, die derzeit ernsthaft eine in sich geschlossene universelle Theorie und Praxis vertritt. Wir leben alle mit sehr unfertigen politischen Entwürfen begrenzter Reichweite. (Und wir in den Metropolen leben zum Teil recht gut damit.) Das geht - zumindest in der Anti-Castor-Bewegung - den übrigen MitstreiterInnen nicht anders. So schlagen wir vor, sich auch mit ihren Vorstellungen auseinanderzusetzen, nicht aber, sich daran abzuarbeiten. Wichtiger ist uns, innerhalb gemeinsamer Rahmen/Plattformen eigene Ansätze der politischen Intervention zu entwickeln, die über „Aktionismus + BekennerInnenschreiben = autonome Politik" hinausgehen. Da sehen wir - erstmal innerhalb der Anti-AKW-Bewegung - einige konkrete Ansatzpunkte.
Wir wissen, daß auch wir an dieser Stelle auf rein technischer Ebene vorgehen, sehen uns momentan allerdings nicht in der Lage, darüber hinausgehend zu argumentieren.
Am naheliegendsten ist da der Vorschlag im o.g. Kommuniqué, „für eine Kampagne 'Stop die Bahn - Stop den Castor'. Für einen offensiven Angriff auf die Infrastruktur von Bahn-, Strom- und Staatseinrichtungen zum Thema Castor". Der verbale Rundumschlag á la Strom- und Staatseinrichtungen ist für die Herleitung und Ver-

mittlung solcher Aktionen wenig hilfreich, da zu ungenau. Bei unserer Einschätzung der Kräfteverhältnisse kommen wir zu dem Ergebnis, daß eine Konzentration auf die Bahn AG aus taktischen Gründen momentan den größten Erfolg verspricht. Durch die bereits faktisch existierende Kampagne gegen den (Atom)Transporteur Bahn sind auch kleinere und unspektakuläre Aktionen erfolgreicher in die Beziehung zum Thema zu setzen, und sie setzen die Bahn AG unter Druck, auch ohne großartigen Überbau.

Oder, wie die Freie Republik Wendland schreibt: „Die Orientierung auf die Bahn hat sich als ein Element bewährt", da „bei weit über 200 Sabotageaktionen (...) der entstandene Sachschaden enorm" sei, keineR erwischt wurde und neben den direkten Kosten für die Bahn ein immens erhöhter Bewachungsaufwand (nachtflugfähige Hubschrauber, häufige BGS-Patrouillen) entsteht.

Obwohl aus unserer Sicht die Vorbereitung zu kurzfristig war, hat der Bahnaktionstag am 06.12.96 gezeigt, daß allein die Ankündigung von Protestaktionen, wie Transpas entrollen, Straßentheater, etc. BGS und Bullen zu Großeinsätzen zwingt. Am 06.12 wurde sichtbar, daß gerade die kreative Vielfalt von Öffentlichkeitsaktionen und Nadelstichen ein ausbaufähiger Bestandteil einer Bahnkampagne ist.

Uns fällt dazu noch mehr ein: Sabotage braucht sich nicht auf Hakenkrallen zu beschränken (ein positiver Ausgang der technischen Diskussion einmal unterstellt), sondern andere, verantwortbare und zielgenaue Formen bieten sich an (Kabel, Signalfreimeldeeinrichtungen, aber auch Plakatieren, Zementieren, Montageschaum etc.). Also guckt Euch das nochmal an - die berühmten Mittelkabel zwischen den Gleisen sind, so wird berichtet, wirklich nur bei Schnellbahntrassen von Bedeutung - und laßt Euch was Verantwortbares einfallen.

(„Verantwortbar" heißt hier: Gefährdet keine Menschenleben, sichert Eure ganz persönlichen „Baustellen" - und geht keine unnötigen Risiken ein, sprich - laßt Euch nicht erwischen!)

Perspektivisch könnte z.B. Beachtung finden, daß die Bahn ihr eigenes Telekommunikationsnetz zukünftig (Groß?-)Kunden zur Nutzung anbieten will. Vor allem aber, überlaßt die Öffentlichkeitsarbeit und thematische Vermittlung nicht Dritten, nach dem Motto: den BI´s die Infoarbeit, uns die Sabotage. So lassen sich eigene Inhalte nicht in die Diskussion bringen.

THIS IS NOT A HATE PARADE!

Der von den Autonomen Gruppen vorgeschlagene „eigene Rhythmus" in den Aktionen bedeutet sicherlich einen enormen Fortschritt gegenüber der traditionellen autonomen Feuerwehrpolitik, die im Prinzip auf ein Reagieren ausgerichtet ist. (Andererseits ist die gesamte Anti-Castor-Bewegung daran orientiert.) Prinzipiell sind offensive, eigene Rhythmen schwerer zu vermitteln. Genau dazu braucht es im Falle der Bahn AG (oder auch andere Konzerne) eines Bezuges auf eine Kampagne. Was liegt erstmal näher als der Rahmen einer NIX-Kampagne?

Dabei sollte sich NIX nicht allein auf den Castor (die HAW-Kokillen) beschränken, sondern die gesamte Palette des alltäglichen Atomtourismus umfassen: Transporte nach Morsleben, nach Ahaus, nach Greifswald, von und nach Gronau, und nicht zuletzt die Transporte von den (laufenden) AKW in die WAA´s nach La Hague und Sellafield. Hier drängt sich dann neben den ökonomischen Interessen der EVU´s (Stromkonzerne = EnergieVersorgungsUnternehmen wie RWE, VEBA, Bayernwerk) beim atomaren Verschiebegeschäft der Zusammenhang zur WAA Plutoniumwirtschaft auf. Doch dazu später.

Reden wir zuerst von den Atomkonzernen und ihrer Politik. Das sind in der BRD neben Siemens, Bahn AG, der Deutschen Bank, Allianzversicherung, diversen Zulieferbetrieben und Komponentenerbauern, Baufirmen und Ingenieurbüros vor allem die großen Stromerzeuger, die EVU´s (und ihre Tochterunternehmen in Ahaus, Gorleben, etc.).

„Die Atomkraftwerke haben die EVU´s in den 90er Jahren so richtig stark gemacht. Der erste Schritt war, über die Stromtarife der Bevölkerung die Milliardeninvestitio-

nen in den Bau der AKW zu investieren. (...) Ebenfalls über die Stromtarife werden die Geldbeträge finanziert, die für den späteren Abriß der AKW zurüchgelegt werden.
Über die Ankurbelung des Stromverbrauches und die Durchsetzung von Monopolpreisen (...) (für KleinverbraucherInnen, d.V.) bringen die AKW ständig Profit rein. Und durch die Rückstellung für den späteren Abriß sind die EVU ständig liquide. (...) Das wiederum hat zwei wesentliuche Auswirkungen: Die EVU sind relativ unabhängig von Bankkrediten, sie brauchen keine Zinsen abzuführen und erhöhen somit ihre eigene Profitrate. Und: Da sie Geld genug haben, können sie ständig andere Firmen aufkaufen oder gründen und so beständig größer, einflußreicher, mächtiger werden. Nachdem auf diese Weise der Energiesektor größtenteils untergeordnet wurde (Ausnahme Mineralölindustrie), wird jetzt nach und nach eine Wirtschaftsbranche nach der anderen geschluckt. Die Müllentsorgungsbranche wird schon EVU dominiert. Zur Zeit läuft gerade die Inbesitznahme des großen Zukunftsmarktes Telekommunikation.“ (aus der Einladung zur Anti-AKW-Herbstkonferenz 1996)
Konnten mit der gesetzlichen Garantie der kostendeckenden Vergütung der Einspeisung von Strom aus regenerativen Energien (vor allem aus Windkraftanlagen) den EVU's noch ökologische Mäntelchen umgehängt werden und versuchen lokale Stadtwerke z.T. ebenfalls einen umweltfreundlichen Kapitalismus (z.B. durch finanzielle Anreize zum Energiesparen), so droht dieser Variante zunehmend der Garaus. Die Durchsetzung des neoliberalen Modells des völlig freien Strommarktes (in der BRD u.a. durch das geplante Energiewirtschaftsgesetz) zerlöchert die Anbindung an die Monopole nur für die Großabnehmer der Industrie. Diese handeln ihre Strompreise auf dem (steuerlich subventionierten) europäischen Überflußmarkt aus; KleinkonsumentInnen und die meisten Stadtwerke werden alle Ökotarnkappen und weiterhin die relativ hohen Energiekosten zu tragen haben.
Die Ideologie der Globalisierung bringt für den Strommarkt erstmal eine europäische Orientierung hervor. (Das kennen wir von den Fusionen und Kooperationen der Atomfirmen bereits.) Die damit einhergehenden gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse bilden eine kaum überwindbare Barriere eines Modells „zukunftsfähiges Deutschland“ á la BUND, Misereor, Greenplease, Grünen und Wuppertaler Institut. Daran wird auch eine Ökosteuer nichts ändern, da diese beim Ökoumbau stehen bleiben. Und eigentlich sollten wir den Norden zugunsten des Südens dekonstruieren.
Nach diesem Blick auf Tendenzen am Strommarkt sei noch kurz der AKW-Konstrukteur und Möchtegerndienstleister Siemens betrachtet:
Siemens ist Deutschlands führender Reaktorbauer und mit seinem Kooperationspartner „Framatom“ an der Entwicklung eines neuen Bautyps (EPR) für den weltweiten Einsatz beteiligt. Aber auch die einzige aktuelle Neubaustelle eines kompletten Atomreaktors im Forschungszentrum Garching bei München ist ohne Siemens kaum denkbar. Daneben betätigt sich der Konzern massiv im internationalen Militärelektronikgeschäft.

Aus allen diesen Gründen unterstützen wir auch

1. den überregionalen dezentralen **Aktionstag gegen Energiemonopolisten** am **01. Februar 1997** und
2. die **bundesweite Demonstration am 08. Februar 1997 in Berlin** anläßlich der 150-Jahre-Jubelorgie des Siemens-Konzerns.

Wir fordern alle Gruppen zu eigenständigen Beiträgen oder wenigstens zur Teilnahme an diesen Aktionen auf!
Insbesondere der - leider ursprünglich von pathetischen Phrasen bestimmte - Aufruf zur Demo am 08. Februar in Berlin kommt dem Ansinnen der Autonomen Gruppen (und auch unseren Vorstellungen) entgegen, „linksradikale Inhalte im Anti-Atom-Kampf verstärkt einzufordern“. (Zitat aus dem vorläufigen Aufruf)
Zur Kritik der Autonomen Gruppen an der Anti-Castor-Bewegung, letztere würde in ihrem Kampf zu wenig „sich anbietende Schnittpunkte“ zu anderen „sozialen Bewe-

gungen" (Autonome Gruppen) suchen, möchten wir einwenden, daß eine an Betroffenheit orientierte Einpunktbewegung als Ganzes dies auch nicht tun wird. Realistisch (und auch Realität) ist hingegen, daß einzelne Gruppen und Personen aus dieser Bewegung diese Schnittpunkte herstellen und sich in verschiedenen Kämpfen mit einer gemeinsamen Motivation einbringen.

DER LANGE MARSCH ZUR DER (OPTION DER) ATOMBOMBE

Szenenwechsel. Von Siemens zurück zu den EVU´s.
An einem beliebigen AKW verläßt an einem beliebigen Montag oder Dienstag ein Castortransport das umzäunte Areal. Ziel: die WAA im französischen La Hague (Betreiber Cogema) oder im britischen Sellafield (Betreiber BNFL). Vielleicht begleitet oder kurzfristig aufgehalten von einigen AKW-GegnerInnen, vielleicht unbemerkt von der Öffentlichkeit entledigt sich die Atommafia einiger ungeliebter abgebrannter Brennelemente in´s Ausland... - tut sie das wirklich?
In den 60er Jahren entschieden sich Staat und Atomfirmen in der BRD für die Wiederaufbereitung abgebrannter Brennelemente. Dabei stand für die Wirtschaftsfraktion der Einstieg in die Brütertechnologie (Abzocken von Forschungsmilliarden, Unabhängigkeit vom Welturanmarkt) im Vordergrund. Für andere Strömungen in den Eliten ging es viel eher um den Gewinn von Plutonium und das damit verbundene technologische Knowhow. Der Bau der WAAckersdorf und des schnellen Brüters in Kalkar drückte diese Gemeinsamkeit in großen Mengen Beton klar aus. Mit dem durch die Stromerzeuger herbeigeführten Aus für die BRD-WAA sicherten sich diese finanziell günstigere Varianten im stagnierenden europäischen Markt. Gleichzeitig entledigten sie sich des politischen Streitobjektes Wackersdorf, auch um Schaden vom laufenden Atomprogramm abzuwenden (Verschieben der lästigen Mülldiskussion um 10 bis 20 Jahre, Entzerrung ziviler und militärischer Aspekte).
Dabei verpflichteten sich die EVU´s in Verträgen mit Cogema und BNFL, aus den WAA´s sowohl Plutonium als auch ein entsprechendes (d.h. zehnmal größeres) Mülläquivalent zurückzunehmen, unter anderem die berüchtigten Glaskokillen. Während das Plutonium größtenteils im „Bundesbunker" in Hanau liegt, einiges ist auch zu sog. MOX-Brennelementen verarbeitet worden, befindet sich der größte Teil des Mülls noch in den WAA´s. Das Interesse daran ist deutlich geringer - ein sauberes Geschäft, bei dem letztendlich alle Geschäftspartner auf ihren Nutzen kommen.
Die massiven staatlichen Subventionen in die Brüter- und WAA-Technologie waren nicht die einzigen staatlichen Milliardengeschenke an die Atommafia. Das Atomprogramm in der BRD (wie der Uranbergbau in der ehemaligen DDR) hatte seine Wurzeln im militärischen Bereich - da sitzt das Geld bekanntlich lockerer. Mehrere Forschungsprogramme versetzten private Unternehmen und halbstaatliche Institute (u.a. KFK Karlsruhe, KFA Jülich, GKSS Geesthacht, HMI Berlin) in die Lage, umfangreiches Knowhow im nuklearen Bereich zu erwerben. Die Industrie beteiligte sich nur zögernd und erst auf staatliches Drängen an der Entwicklung der Atomwirtschaft. Durch die Gewinnung von spaltbarem Material und durch technologische Forschung befindet sich die BRD - trotz bzw. wegen Unterzeichnens des Atomwaffensperrvertrages - spätestens seit den 70er Jahren an der Schwelle zur Atommacht. Das sog. zivile Atomprogramm kann als „Stand-By-Programm" bezeichnet werden. Innerhalb kurzer Zeit könnten in der BRD technisch Atomwaffen hergestellt werden.
Dazu paßt es ins Bild, daß die Bundeswehr seit Ende der 50er Jahre über Trägersysteme für artilleristische Mehrzweckwaffen (d.h. diese können mit atomaren Sprengkörpern versehen werden) verfügt. Ergänzt wurde dieses Mehrzweckarsenal durch Einheiten zum sog. Einsatz von taktischen Atomwaffen als Fliegende Verbände (Tornado-Kampfflugzeuge). Letztere spielen in den jüngeren militärstrategischen Planungen bezüglich der Krisenreaktionskräfte im WEU- bzw. Nato-Verbund eine wichtige Rolle, anknüpfend an alte Natostrategien, BRDeutsche Verbände mit BRDeutschen Besatzungen und Natoatombomben einzusetzen. Das Operationsgebiet hat sich vergrößert, ebenso wie der Aufgabenbereich.

Über diese nukleare Teilhabe über den Rahmen von WEU und Nato hinaus entwickelt die BRD-Regierung wieder verstärkte Ambitionen einer eigenen strategischen Atompolitik. Bestandteil dieser Politik ist einerseits die permanente unterschwellige (oder offene) Drohung damit, um ein größeres Mitspracherecht über den Einsatz von Atomwaffen im Rahmen bestehender Bündnisse zu erzwingen. Andererseits werden die Bündnispartner und die alten Atommächte (vor allem USA und Rußland) politisch gegeneinander ausgespielt. Die „Westalliierten" wollen auf jeden Fall einen (erneuten) deutschen außenpolitischen Sonderweg vermeiden. Die BRD-Regierung provoziert ständig und betont immer offener die eigene weltpolitische Bedeutung.

Ein Musterbeispiel dafür ist der Bau des Reaktors in Garching, der mit hochangereichertem Uran (HEU, besonders gut waffentauglich) betrieben werden soll. Das US-imperialistische Programm zur weltweiten Eindämmung/Reduzierung von HEU wird damit offen brüskiert. Liefern soll das HEU wohl Rußland - über eine europäische Agentur. Wird daraus nichts, stehen immerhin noch Frankreich und China bereit, die beide ebenfalls Interesse an einer Verringerung der amerikanischen Vormachtstellung haben.
Fassen wir zusammen: Garching ist ein neues (außen-)politisches Statussymbol der bayerischen und der BRD-Regierung, um Souveränität vor allem gegenüber den USA zu demonstrieren. Sowohl über die HEU-Technologie als auch über das WAA-Plutonium entwickelt die BRD ein Stand-By-Programm zur militärischen nuklearen Nutzung. Ob über unmittelbaren Besitz oder mit der Drohung davon, wird nukleare Teilhabe angestrebt, um auch militärisch zu den Weltmächten vorzustoßen - nicht zuletzt, damit global die Interessen des „Standortes Deutschland" abzusichern.

Na du schöne Scheiße.

Es ist uns ein wichtiges Anliegen, im Widerstand gegen das Atomprogramm die militärische und weltpolitische Bedeutung zu thematisieren. Dabei wollen wir nicht unterschlagen, daß Garching auch dafür steht, weiterhin neue Atomanlagen zu bauen. Die mehrgleisigen Bestrebungen der Atomindustrie zwingen uns, dabei nicht allein Garching, die AKW, die WAA´s oder die Urananreicherung (in Gronau) zu betrachten und zu stören, sondern alles zusammen. Hier bieten sich neue Perspektiven im Rahmen einer „Stop die Bahn"-Kampagne.

TIMES OF THE SCIENCES - BEAT THE RICH?

Wir haben nun einige widerliche Facetten des Atomprogramms betrachtet. Wir müssen noch einige hinzufügen:

Atomtechnologie steht für ungebremsten Fortschritt = Technikgläubigkeit. Ohne aus der Elektrifizierung der Sowjetmacht linear den Reaktorgau von Tschnernobyl herzuleiten, läßt sich diese auch in bisherigen sozialistischen Utopien mehr oder minder stark feststellen.
Wir selbst sind in einer zunehmend rationalen und rationalisierten Gesellschaft aufgewachsen und entnehmen diesen daraus geprägten Denk- und Verhaltensstrukturen unsere gedanklichen und materiellen Werkzeuge einer Kritik der bestehenden Ordnung. Heißt das, daß eine (hoch)technologisch geprägte Gesellschaft auch die Mittel zu ihrer eigenen Überwindung hervorbringen kann? (Als Wink mit der dialektischen Leitplanke an alternative Gruppen und resignierte Menschen, die zunehmend in die neue esoterische Unübersichtlichkeit nach rechts abbiegen!)
Jegliche technische Entwicklung erfolgte und erfolgt im Zusammenhang mit gesellschaftlicher Sozialisation, Bildung, Produktivkraft, Herrschaftsstruktur etc.. Da seit einigen Jahrtausenden alle größeren gesellschaftlichen Zusammenhänge hierarchisch aufgebaut waren und sind, entsteht Technologie immer im engen Zusammenhang mit eben diesen Hierarchien - auch wenn in den angestoßenen Entwicklungen oft ein Wechsel von Leitideen und Eliten stattfindet.

Derzeit, im Zeitalter des sich global organisierenden Kapitalismus, dient die meiste Technologie

- der Vergrößerung des Profits durch Warenform/Mehrwert/Aneignung unbezahlter Arbeit,
- und/oder der Absicherung und Vergrößerung der militärischen Macht,
- und/oder der Kontrolle bzw. der Herstellung dessen, was als Information, Öffentlichkeit, medial vermittelte Kommunikation etc. bezeichnet werden kann.

Dabei zeigt sich vor allem (aber nicht ausschließlich) in der „naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung" die Tendenz zur Beherrschung der Umgebung/Natur, um alles erklärbar, durchschaubar - und letztendlich normgerecht - zu gestalten - siehe Aufspaltung in immer kleinere Teilchen, siehe Atomforschung, Fusionsforschung und Gen- und Reproduktionsforschung.
Ganz platt und verkürzt ausgedrückt, zeigt sich das Gesicht der Technologie im Denksystem des Aufspaltens und Beherrschens.
Wir lehnen Technologie nicht per se ab, obwohl sie unter diesen Vorzeichen entwikkelt wurde. Für den Umgang und die Beurteilung jeder Form von Technologie sind - ganz idealtypisch - bestimmte Kriterien in Entwicklung, Produktion und Konsumsphäre maßgeblich:

- eine gesellschaftliche Diskussion um Bedarf und Notwendigkeit
- eine Kontrolle und Einwirkungsmöglichkeit (von uns natürlich) auf allen Ebenen, also eine durchschaubare und nachvollziehbare Technik, was Großtechnologie ziemlich ausschließt, da diese eine Sache für ExpertInnen ist, und den Trend zur Verselbständigung beinhaltet
- verantwortungsvoller Umgang mit den Mitmenschen und den irdischen und galaktischen Ressourcen (Solidaritätsprinzip)

Alle Kriterien basieren auf dem Vorrang von Diskussion über Sinn, Zweck und Ethik vor dem Möglichen und Machbaren (nennen wir es Vorrang der Politik von unten). Uns ist klar, daß solche Diskussionen in jeder Gesellschaft anders ablaufen werden und allein durch Appelle der Trend zur Vereinzelung in den westlichen Gesellschaften nicht verändert werden kann. Gegen die totale Freiheit des Marktes (oder den Neoliberalismus) setzen wir auf übergeordnete gesellschaftliche Werte wie die Solidarität (nicht auf die Anpassung an eine Norm der Uniformierung, sondern auf die Anerkennung der Unterschiede und Individualität bei Beseitigung der Machtungleichheiten).
Bevor wir uns endgültig im Nirgendwo verlieren, möchten wir kurz anreißen, wo so etwas praktischer und deutlicher wird: Wir werden diese Diskussionen weiterhin lieber in unmittelbaren Gesprächen (wie altmodisch) und über Flugis, Zeitungen und Sägearbeiten führen, als am sonnigen Beach oder im Internet zu surfen. Nichts gegen Netzwerke, aber gerade die computersimulierte Kommunikation bleibt doch in der Regel noch folgenloser und unverbindlicher - außer für die Telecom-Rechnung.
Zur Rückeroberung der öffentlichen Räume - und hier bestehen enge Verbindungen zu den Kämpfen gegen die Umstrukturierung der Innenstädte - können vielfältigste Mittel eingesetzt werden, die allerdings derzeit alle Gefahr laufen, als Ereigniswert in der Warenwelt der Informationsmedien verwurstet zu werden (Büchertisch, Theater, Plakate, Jugendarbeit, Gesprächskreise, Ein- und Angriffe). Und es heißt für uns auch, in unseren eigenen Gruppen, Plena, Zusammenhängen auf einen möglichst solidarischen Umgang (und Parteilichkeit gegen Eliten) Wert zu legen. So anstrengend und zeitraubend das zähe (Neu-)Ausdiskutieren auch immer wieder ist, gibt es


in diesen Formen minimaler Organisierung keine Alternative (aber gegen kreativere Gesprächsformen sei auch nicht plädiert).
Einzelbeiträge sind - auch in der Interim - gut und wünschenswert, bleiben jedoch in der Regel - auch für die beitragende Person selbst - noch etwas folgenloser als Gruppenappelle. Und die scheinbar ausbleibende Wirkung sowie andere Beliebigkeiten in Rede- und Aktionsbeiträgen ist doch immer wieder verdammt frustrierend und fördert die Tendenz zum massenindividuellen Zynismus als Begleiterscheinung des Rückzugs aus öffentlichen Räumen.

ZORN IM BLICK NACH VORN

In jüngerer Zeit wird wieder verstärkt über Perspektiven und Strategien für eine linke Bewegung im allgemeinen und für die Anti-AKW-Bewegung im besonderen diskutiert. Wir sind ganz ehrlich: Das gibt uns ein Maß an Sicherheit, Bestandteil einer Strömung zu sein, an Fragen dran zu sein, an denen andere auch arbeiten. Ganz zentral und unerläßlich ist bei jeder Strategiedebatte die Verknüpfung von Theorie und Praxis. Aktionismus und Betroffenheit sind kein sicherer Boden unter den Füssen, ebenso wenig jedoch schlau formulierte appellative Beiträge allein. Letztere verschärfen den Überflußcharakter von Informationen in der Medienwelt, ihre Beliebigkeit schafft Verdruß.
Uns geht es nicht darum, die berechtigte Kritik an der oftmals begrenzten Anti-Castor-Bewegung durch eine Polemik gegen „intellektuelle Sesselfurzer" zu kontern und abzubügeln. Das Ineinandergreifen von Theorie und Praxis bietet die einzige ehrliche Möglichkeit einer Bewegung, die beste Chance, Zusammenhänge begreifbar zu machen, Bewegung als Ort der Erfahrungen, als Lernort.
Dazu müssen wir selbst uns auch kritisch fragen: Wie wichtig sind uns die MitstreiterInnen, wie ernst ist uns das eigene Engagement? (Einmal im Jahr im Schotter wühlen oder gegen Bullen rum(m)ackern kann genauso eine Alibihandlung für´s Gewissen sein wie eine Spende an Kiespeace.) Uns ist da ein vorläufig begrenztes Wirken in den Teilbereich hinein näher als der Gebrauch linksradikaler Worthülsen. Wir plädieren für vielschichtiges Einmischen in die Bewegung, für ein Einmischen in die Gesellschaft.
Ob Veranstaltungen zu einem Thema eher Theorie oder Praxis sind, mag jede Gruppe für sich klären. Wenn wir dabei in unserem Sinne überzeugend wirken wollen, müssen wir auch selbst überzeugt sein!
Wie ernsthaft wollen wir die Risiken einer gesellschaftlichen Veränderung? Da sind wir auch unter uns noch nicht weit gekommen.
Uneinig sind wir uns in der Beurteilung der Frage, ob und wie sich eine Einpunktbewegung in eine linke Strömung bewegen läßt.
Klar ist jedoch, ganz ohne Sachinformation, ohne Auseinandersetzung auch um emotionale Momente, ohne vielfältige Formen der Aktionen und Vermittlung ist die „Geschichte mit dem Castor bald Geschichte". Je unmittelbarer und eindeutiger unsere Beiträge sind, desto größer ist die Chance guter Diskussionen und emanzipatorischer Entwicklungen.
Wir fordern auch Euch auf, neben An- und Eingriffen an Vermittlung und Ansprechbarkeit zu arbeiten.

Mach mit, mach´s nach, mach´s besser!!!





Brandanschläge auf Siemens-Fahrzeuge

Unbekannte haben am Mittwoch früh zwei Brandanschläge auf Firmenfahrzeuge der Siemens AG (Berlin) verübt. Die Brände seien von der Feuerwehr rasch gelöscht worden, teilte die Polizei mit. Der Staatsschutz hat die Ermittlungen aufgenommen. Es werde geprüft, ob die Anschläge im Zusammenhang mit Aktionen autonomer und linker Gruppe vom Wochenende stehen, die sich gegen den Elektrokonzern wegen dessen Beteiligung am Kernkraftgeschäft richteten, hieß es. Ob es auch Verbindungen zum entgleisten Atommülltransport in Frankreich gebe, werde untersucht. *dpa/BM*

den castor verhindern, bevor er losfährt....

das war für uns beweggrund, der siemens-niederlassung an der revalerstraße vom 2. auf den 3. februar in friedrichshain einen nächtlichen besuch zu bereiten. als kleines abschiedsgeschenk hinterließen wir zwei brandsätze, die dort im nachhinein eine ziemliche sauerei anrichteten.
warum siemens? - weil siemens der bundesrepublikanische konzern, der nach wie vor führend auf dem gebiet der atomtechnologie...
genaueres kann auf der demonstration am 8.2. „zur ausblasung des siemens-lichtes incl stillegung des herrschenden systems" in erfahrung gebracht werden.
einige zeitungen beichteten fälschlicherweise von einem brandanschlag auf ein telecom-gebäude. entweder war der dienshabende kommisar betrunken, oder aber der lagedienst der polizei hielt es für opportun siemens besser nicht zu thematisieren.

autonome in und bei IBM

WIR HABEN DIE SCHNAUZE VOLL!

voll von der ausbeutung anderer länder und ihrer bevölkerung, für die machtinteressen der brd. uran wird vor allem in der sog. dritten welt auf kosten von mensch und umwelt gewonnen. durch atomversuche imperialer mächte werden ganze landstriche verseucht
voll vom großmachtstreben der brd, die ihren finger am "atomaren abzug" über projekte wie garching/frm II zu erreichen sucht.
letztendlich voll von einer technologie, die unüberschaubare risiken birgt und in letzter konsequenz die vernichtung von mensch und umwelt provoziert.
deshalb wollen wir uns dagegen wehren. die süc gehört zu den evus und ist somit für die atompolitik der brd mitverantwortliche. wir haben am frühen morgen die süc (städtische überlandwerke coburg), mit steinen und farbe besucht, wir wollen unsere aktion in den rahmen des bundesweiten aktionstags gegen die evus stellen.

wir grüßen alle die, die den status quo nicht akzeptieren wollen und bereit sind gegen die unmenschlichkeit zu kämpfen!

coburg, 3.2. autonome gruppen

Steine gegen die SÜC

Fenster eingeschlagen, Wand beschmutzt

Coburg (nk). Farbbeutel und Steine flogen in der Nacht zum Montag gegen die Fassade der Städtischen Werke am Schillerplatz. Sachschaden etwa 10 000 Mark.

Grellgelbe Farbspritzer „zieren" seit Montag die Wand des Verwaltungsgebäudes der Städtischen Werke am Schillerplatz. Die Farbe ist Zeugnis eines nächtlichen „Attentats" gegen das städtische Energieversorgungsunternehmen.

Aber nicht nur zwei Farbbeutel flogen gegen das Haus. Der oder die bislang unbekannten Täter versuchten auch drei Fenster im Erdgeschoß des Verwaltungsgebäudes einzuschlagen. Eine Spezialfolie, die auf die Isolierverglasung aufgebracht ist, verhinderte allerdings, daß die Scheiben herausbrachen und der Täter in das Haus eindringen konnte.

Götz-Ullrich Luttenberger, der Leiter der Städtischen Werke, charakterisierte die Sachbeschädigung sarkastisch als „Fall von Rinderwahn". Offensichtlich sei es dem unbekannten Täter allein um Vandalismus gegangen. Ein Hintergrund für die Tat sei nicht bekannt, meinte Luttenberger. Der Werkleite bezifferte den Schaden auf rur 10 000 Mark. Die Polizei hat Ermittlungen aufgenomme

Ein unbekannter Täter hat in der Nacht zum Montag drei Scheiben am Verwaltungsgebäude der Städtischen Werke eingeworfen. Ferner zerplatzten zwei Farbbeutel an der Fassade.

GEGEN DEN CASTOR

INTERIM

FÜR EINEN LEBENDIGEN UND MILITANTEN WIDERSTAND



im Rahmen der ‚Innen-Stadt-Aktion' gegen Ausgrenzung, Sicherheitswahn und Privatisierung

Während Abschiebe-Minister Kanther im Zoopalast die drinnen & teuer-Festspiele eröffnet, läuft gegenüber auf dem Breitscheidplatz ein ganz anderer Film. Dort fährt seit Sommer 1996 nahezu täglich - und bis zu fünfmal am Tag - die Polizei vor, greift sich bevorzugt dunkelhäutige Menschen heraus, führt Personen- und Paßkontrollen durch, transportiert sie in Handschellen ab und behandelt sie erkennungsdienstlich: ‚Die Razzien stellen ein gezieltes und gewolltes rassistisches Vorgehen der Polizei gegen hier lebende ImmigrantInnengruppen und auch gegen obdachlose Menschen und andere Minderheiten dar. Die ausführenden Polizeiorgane verfahren hierbei gemäß des rassistischen Stereotyps ‚Ausländer = Drogendealer' und prägen durch derartige Razzien in der Öffentlichkeit die Wahrnehmung und Verfestigung dieses Stereotyps, das von den verantwortlichen Innenpolitikern des Landes und Bundes produziert und von weiten Teilen der Medien reproduziert wird.' (Antirassistische Initiative)

...uf dem Breitscheidplatz? ...n der Gedächtniskirche?

Singularisierung, Ausgrenzung, Stigmatisierung und Kriminalisierung von DrogenkonsumentInnen, MigrantInnen, Obdachlosen, Wagenburg-BewohnerInnen und die gewalttätige Vertreibung der Menschen aus den Innenstädten kennzeichnen die kommunale Standortpolitik in nahezu jeder größeren Stadt Westeuropas. Hier überschneiden und verdichten sich Konflikte um die Zurichtung der Städte auf gehobenen Konsum, spekulative Privatisierung von öffentlichem Raum, verschärfte Sicherheitspolitik, Drogenhysterie und Rassismus.

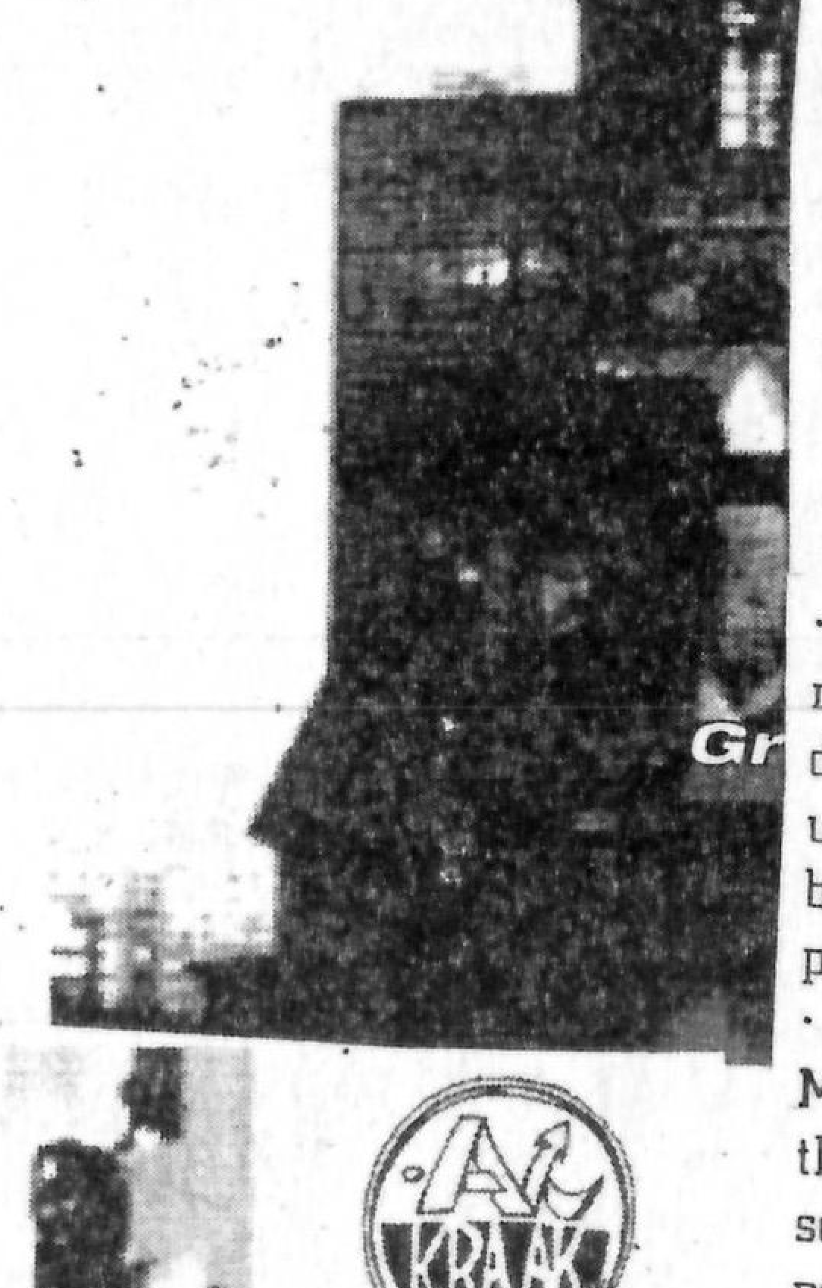
Durch Innen-Stadt-Aktionen in möglichst vielen Städten soll Anfang Juni versucht werden,

· den KONSENS ZU STÖREN, daß innerstädtische Räume nur mehr einer ‚qualifizierten Öffentlichkeit' (Deutsche Bahn AG) zugänglich sein sollen. Daß Geschäftsleute mit Hilfe von Polizei und privaten Diensten bestimmen, wer sich vor ihren Ladenzonen und in den Quartieren aufhalten darf, bleibt öffentlich unwidersprochen. Wir wollen die schweigende Mehrheit zur Stellungnahme provozieren und zwingen, nicht einfach wegzuschauen.

· AUSGRENZUNG UND AUFSPLITTERUNG AUFZUHEBEN, indem sich über die Aktionen Leute treffen, welche sonst individualisiert Repressionen erfahren. Auch sollen diejenigen angesprochen werden, für die es nicht selbstverständlich ist, daß Razzien, Mißhandlungen und einschüchternde Präsenz von Polizei und Sicherheitsdiensten zur neuen städtischen Realität gehören.

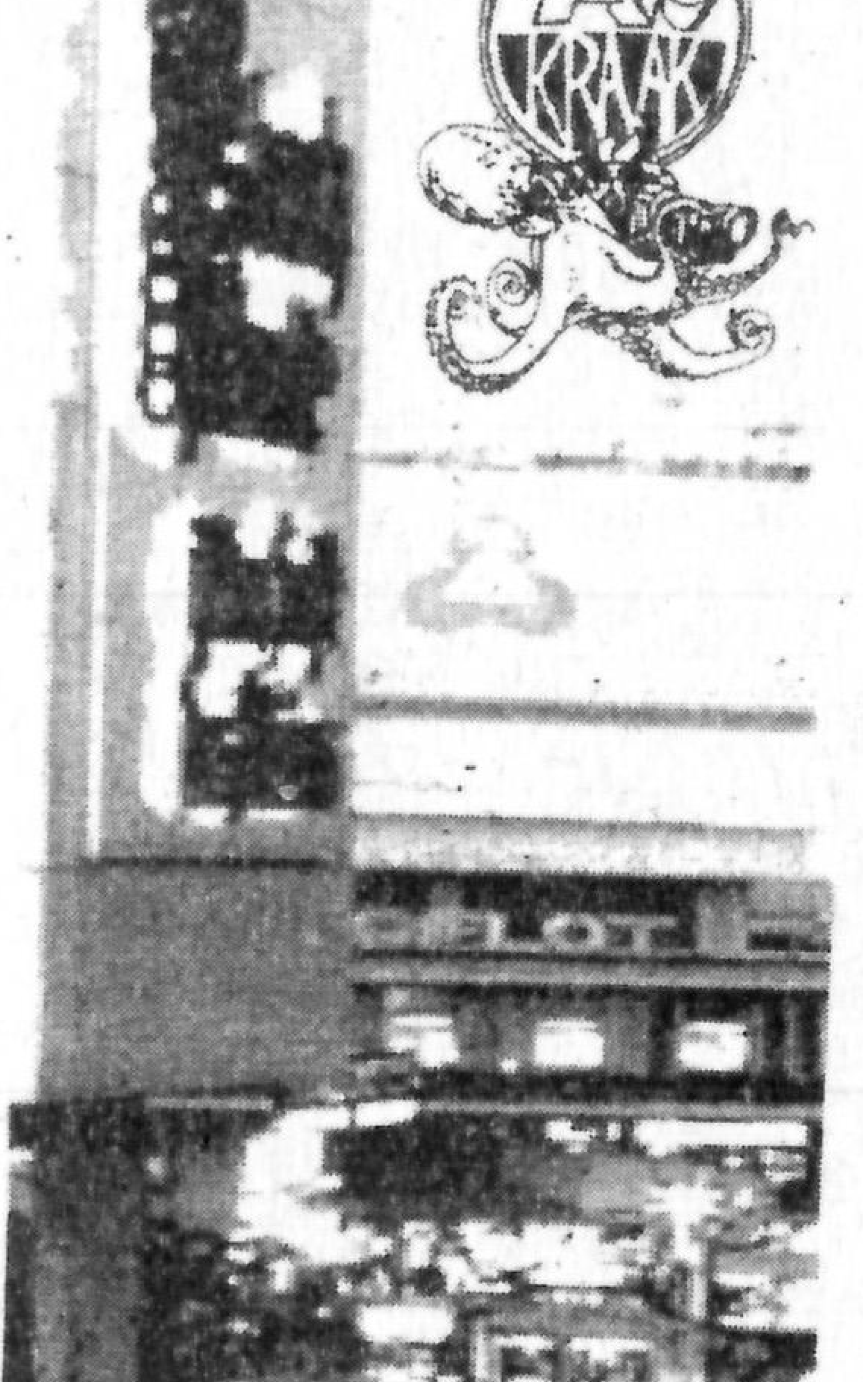
· den Anstoß zu geben für weitergehende Diskussionen und für einen sowohl lokalen wie überregionalen und kontinuierlichen **WIDERSTAND** bzw. dessen **SICHTBARKEIT/SPÜRBARKEIT** zu sorgen.

Wir gehen davon aus, daß sich die Hintergründe für die Ausgrenzungspolitik an folgenden Aspekten festmachen lassen:



· **Vereinigungen von privaten Geschäftsleuten** unternehmen seit einiger Zeit verschärftere Vorstöße, die Innenstädte gemäß ihren Interessen zu vereinnahmen und zu gestalten. Vereinheitlichung des Erscheinungsbilds, räumliche Kontrolle und privates Management werden nunmehr von ‚privaten' auf ‚öffentliche' Zonen übertragen. In diesem Konzept stören ausgemachte Personengruppen, welche an diesem Konsum nicht teilnehmen können oder wollen.

· Die **Verwaltung des öffentlichen Raums** erfolgt nicht allein durch Architektur und Städtebau, sondern ebenso durch Ordnungspolitik: Kommunen und der Staat lassen sich in dieses Konzept einbinden und leisten durch Gesetzgebung und Repression den Privatinteressen Folge.



· Hier besteht weiterhin ein **propagandistisches Motiv**: Mit martialischen Einsätzen gegen MigrantInnen, Obdachlose und DrogenkonsumentInnen soll öffentlich demonstriert werden, daß es einen polizeilichen Handlungsbedarf gegen Menschen gibt, deren stereotype Feindbilder von staatlicher Seite her erst produziert wurden.

Ein Sprecher des Innensenats begründet die Aktionen am Breitscheidplatz mit der ‚repräsentativen Lage'; ähnlich ist es am Hermann-‚und Alexanderplatz wie in und vor den Bahnhöfen. Der Tourismusmagnet Breitscheidplatz neben der konservierten Kriegsruine ist einer von 25 polizeilich ausgewiesenen, aber geheimgehaltenen ‚GEFÄHRLICHEN ZONEN' aufgrund des ‚Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz' (ASOG), welches sämtliche Persönlichkeitsrechte außer Kraft setzt. So kann die Polizei ohne Anfangsverdacht Personen- und Paßkontrollen durchführen. Diese (wechselnden) Bereiche sind Teil einer Mobilmachung, wobei flexibel und ‚just in time' Bannzonen installiert werden können.

· **Razzien** werden gegen MigrantInnen und Illegalisierte durchgeführt, um einzuschüchtern, zu isolieren und abzuschieben. Die Angst vor Repressionen soll politisches Handeln und Organisierung der Betroffenen verunmöglichen.

Unsere Aktionen richten sich gegen Senat und Polizei, gegen den rassistischen Konsens der Bevölkerung sowie gegen die Konsumzurichtung von Seiten der Geschäftsleute, die den öffentlichen Raum ihren Interessen gemäß privati-sieren wollen. Die Verengung der Diskussion auf ‚Innere Sicherheit', ‚polizeiliche Lösungen' und ‚hauptstädtische Sauberkeit' schließt soziale und politische Ansätze aus und muß durch geeignete Aktionen aufgebrochen werden.





DAS VERFLIXTE 7. JAHR

Zum Anfang ein wenig Geschichte...

Im Sommer 1989 fliehen Tausende von Ostdeutschland über Ungarn in den Westen. Im November öffnet sich die Grenze schliesslich ganz, und auch die letzten Ostler dürfen in den goldenen Westen reisen! Gleichzeitig ergab sich auch die Möglichkeit den umgekehrten Weg zu gehen. So entschlossen sich Ende November mehrere Leute aus West-Berlin ein Haus im Ostteil der Stadt zu besetzen. Die ersten Kontakte zur Ost-Berliner HausbestzerInnenscene waren ziemlich frostig (kein Bock auf Westler). Dann lernten wir doch Menschen kennen, die uns sofort unterstützten (viele Grüsse an die Schreinerstr.) Kurz vor der Besetzung schloss sich uns noch eine Gruppe an, die vorher ein Haus in der Kreutzigerstr. besetzt hatten. (Die Kreutziger wurde später wieder besetzt)

Die Besetzung

Am 23. Februar 1990 besetzten wir das Haus in der Köpenickerstr.137 im Bezirk Mitte.
Das Haus war gerade entmietet worden und sollte abgerissen werden. Die Verwaltung des Hauses unterlag der KWV (Kommunale Wohnungsverwaltung). Sowohl mit der KWV als auch mit der Volkspolizei gab es eigentlich keine Probleme. Schwierigkeiten hatten wir eher damit, dass wir das erste hauptsächlich von "Westlern" bewohnte Haus waren. Nach einigen Wochen richteten wir eine Volksküche ein und machten Konzerte, Partys und Soliveranstaltungen.
Im Frühling und Sommer zogen immer mehr Menschen in den Ostteil der Stadt und besetzten viele, viele Häuser.
Nachdem die DDR im Oktober vollständig annektiert wurde, gab es die ersten gewaltsamen Räumungen.

Die Legalisierung

Nach der Räumung der Mainzerstr. gab es im Bezirk Mitte einen runden Tisch, der für die Häuser nach friedlichen Lösungen suchte.
Im Sommer 1991 wurde zwischen den NutzerInnen/BewohnerInnen und der WBM(Nach folgeeinrichtung der KWV) ein Vorvertrag für alle gemeinschaftlich/gewerblich genutzten Räume in der Köpenickerstr.137 ausgehandelt. Dieser beinhaltet die bauliche Selbsthilfe und Einzelmietverträgen.
Am 1. Mai 1993 übernahm die GSE (Gesellschaft für Stadtentwicklung) im Auftrag der WBM die Verwaltung für unser Haus. Die Einzelmietverträge wurden mit der GSE abgeschlossen.

Autonomes Wohn-und Kulturprojekt

Das Haus bietet Wohn-und Lebensräume für cr. 40 Menschen, einschliesslich ihrer Kinder, wovon Einige von ihrer Geburt an hier wohnen.
Verschiedene Menschen nutzten und nutzen unseren Hof und Garten um das Leben im Wagen zu geniesen. Wobei unser Garten auch allen Anderen zur Verfügung steht, die Bock haben unter Bäumen am Lagerfeuer zu sitzen. Auf dem Hof kann Streetball gespielt werden , und auch die Sporträume im Haus stehen auf Anfrage zur Verfügung.
Das unkommerzielle, selbstverwaltete Kulturzentrum bietet vielen Menschen die Möglichkeit sich bei fairen Preisen zu treffen. Veganes, vegetarisches Frühstück am Sonntag, vegetarische Volksküche, kostenloses Kino, Konzerte, Disco und Soliveranstaltungen und Kneipenbetrieb auf Selbstkostenbasis.
Wer die Köpi kennt weiss, dass viel Geld und Arbeit notwendig waren und weiterhin notwendig sind, um Wohnungen, Garten, Veranstaltungsräume... in nutzbaren Zustand zu halten.
Wir haben in den letzten sieben Jahren nie eine Mark von unserem Besitzer, Vermieter oder vom Staat oder sonst woher erhalten!
DAS SOLL AUCH SO BLEIBEN

Das Ende?
Die Rückübertragung

Die Problematik der Rückübertragung dürfte vielen Leuten wohl bekannt sein.
Am 1. Oktober 1995 übernahm die Hausverwaltung
Petersen & Partner KG
Franzensbaderstr.6
14193 Berlin
die Verwaltung von unserem Haus. Der Besitzer ist
Volquard Petersen.
Genau 1 Jahr später erhielten wir von seinen Handlangern, dem Anwaltsbüro
Cetin & Hilger
Kurfürstendamm 225(3)
10719 Berlin
völlig überraschend die fristlose Kündigung, mit der Aufforderung das Haus innerhalb einer Woche zu verlassen.

Das Selbe nocheinmal im November.
Da wir der Aufforderung selbstverständlich nicht nachkamen reichte die Petersen & Partner KG im Dezember 1996 Räumungsklage beim Amtsgericht Tempelhof ein.
Dieses erklärte sich erstmal nicht zuständig und verwies die Klage ans Amstgericht Mitte.
Das heisst, dass in den näxten Wochen Prozesse und Kosten anstehen.
Hintergrund der Geschichte sind die Baupläne der Petersen & Partner KG. Der Garten soll einem Bürokomplex mit Eigentumswohnungen und Tiefgarage weichen!!!
Das Hinterhaus (von uns bewohnt) soll Luxusmodernisiert werden mit Gewerberäumen Parterre, Büros im Ersten
und der Rest wird wahrscheinlich Eigentumswohnungen.
Zu erwähnen bleibt noch,dass Petersen uns selber bisher noch über keinen seiner Pläne informiert hat.
Wir haben alles selber rauskriegen müssen.

Dass wir in sein Konzept, und in das Konzept der sauberen Hauptstadt nicht reinpassen liegt auf der Hand

Wollen wir auch gar Nicht

Wir Brauchen keine Bürokomplexe.., keine Hauptstadt...

Wir werden in den näxten Wochen/Monaten viel Unterstützung brauchen, um die Pläne von Petersen & Partner zu verhindern
Wir werden auch Geld brauchen um Prozesse zu führen, Anwälte zu bezahlen...

Wir machen am 22.Februar eine Soliparty für die Köpi,unsere 7Jahresparty!

Wir fordern:

Rücknahme der Kündigungen

Rücknahme des Bauvorhaben

Nicht Räumungsgarantie für alle besetzten Häuser und Wagenburgen

Selbstbestimmte Freiräume Verteidigen

Nieder mit dem Hauptstadtwahn

Nieder mit dem Bürowahn

KÖPI BLEIBT!!!!!



antifaschistische
DEMONSTRATION

gegen faschistische Strukturen und Rechte Gewalt

Vor einem Jahr wurde Sven Beuter durch den Neonazi Sascha L. in der Stadt Brandenburg brutal ermordet. Fälle wie diese haufen sich, der Faschismus flammt wieder auf.

Zeigt den Faschisten Euren Haß und Eure Entschlossenheit ihnen entgegenzutreten.

Kommt zur Demo am:

So • 16.2.97 • Brandenburg
Treffpunkt • 13 Uhr • Hauptbahnhof

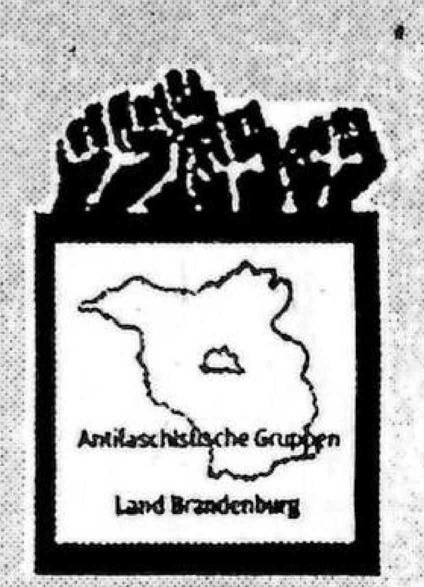
Antifaschistische Jugend Brandenburg

„Wenn der, der nicht allein gekämpft hat, erschlagen ist, hat der Feind noch nicht gesiegt!"
(B.Brecht)

Vor einem Jahr wurde Sven von dem Neonazi Sascha Lücke totgeprügelt.
Während sich gerade im Land Brandenburg faschistische Übergriffe häufen, sprechen Medien und Bullen von „orientierungslosen Jugendlichen". Der deutsche Mob schaut zu oder macht mit, wie in Dolgenbrodt.
Antifas im Land Brandenburg müssen sich jeden Tag mit Nazis rumschlagen. Zeigt ihnen eure Solidarität und kommt zur Demo am 16.2. in Brandenburg!
You'll never walk alone.

Organisiert die antifaschistische Selbsthilfe!
Antifa heißt Angriff!

Treffpunkt für Berlin:
12 Uhr, Bahnhof Zoo
zur gemeinsamen Fahrt mit dem „Schönes-WochenendeTicket"
(Abfahrt 12.40 Uhr)



Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstandes? - Nix da!!!

Weg mit dem Nazi-Zentrum!

Kein Fußbreit den Faschisten*!

Wir, das Bündnis gegen Rechts, rufen zu einer großen Bündnisdemonstration gegen die Kriminalisierung des Antifaschistischen Widerstands auf. Wir machen diese Demonstration in Celle, weil ein großer Teil der anstehenden Prozesse vor dem Amtsgericht Celle stattfinden wird.
Wir wollen die Rechnung des Staatsapparates - durch eine massive Repression den Antifa-Widerstand zu spalten oder ganz zum Schweigen zu bringen - durchkreuzen!
Uns geht es um mehr als nur um die Schließung des Nazi-Zentrums. Wir wollen ein anderes Klima, eine Veränderung hier und überall dort, wo Menschen Ausbeutung und Unterdrückung unterworfen sind. Eine solidarische, inhaltliche Auseinandersetzung über Motivation, Ziele und Praxis antifaschistischer Politik wünschen wir uns. Die Solidarität im gemeinsamen Kampf gegen die Kriminalisierung kann dabei ein erster Schritt bei der Überwindung des Trennenden sein.
Um die Kriminalisierung des Antifaschistischen Widerstands gegen das Nazi-Zentrum in Hetendorf abzuwehren, haben wir uns als Bündnis gegen Rechts entschlossen, mit einem etwas ausführlicheren Aufruf zu einer Bündnisdemonstration zu mobilisieren. Eine Grundlage dieses Aufrufs stellt unsere Einordnung von Hetendorf 13 in die gesellschaftlichen Bedingungen und Strukturen allgemein und im besonderen in Celle dar. Im Folgenden wollen wir diese Einschätzung darlegen. Dabei konnte jedoch Vieles nur angerissen werden.

Aktionen gegen die „6. Hetendorfer Tagungswoche“ und Kriminalisierung der AntifaschistInnen

Vom 15. bis zum 23. Juni 1996 fand in Hetendorf (Landkreis Celle) die „6. Hetendorfer Tagungswoche“ im dortigen „Heide-Heim“, einem der bedeutendsten faschistischen Zentren der Bundesrepublik, statt.
Als Auftakt einer Reihe von Gegenaktionen blockierten rund 300 AntifaschistInnen die Zufahrtswege zum Zentrum, was zumindest am Samstag erfolgreich gelang. An den darauffolgenden Tagen führten AnwohnerInnen und NachbarInnen aus den umliegenden Dörfern verschiedene Aktionen gegen das Zentrum durch. Hierbei wurden sie, wie auch ein Fernsehteam, mehrfach von Faschisten bedroht und angegriffen. Höhepunkt der Gegenaktionen war der Versuch, die am 20. Juni stattfindende Sonnenwendfeier - mittels Lärmmitteln u.ä. - zu stören.
Schon am frühen Abend des 20. Juni protestierten Menschen aus der Umgebung gegen die Versammlung der ca. 150 Faschisten unter dem Motto „schräge Töne ge-

*** Zur geschlechtsspezifischen Schreibweise**

Wir schreiben in unseren Veröffentlichungen von Faschisten und <u>nicht</u> von Faschisten und Faschistinnen, weil das Patriarchat im Faschismus seine stärkste Ausprägung findet. Das bedeutet nicht, daß es keine Frauen innerhalb der faschistischen Bewegung gibt. Wir weigern uns aber, den emanzipatorischen Sprachgebrauch, wie er mit der gleichzeitigen Verwendung der weiblichen und männlichen Form oder der „I“-Schreibweise verbunden ist, auf Gruppen und Personen anzuwenden, deren Ziel die völlige Zerschlagung von emanzipatorischen und feministischen Bewegungen ist.

gen Hetendorf 13". Am selben Abend folgten 300 DemonstrantInnen einem Aufruf des Bündnisses gegen Rechts (BgR), die Sonnenwendfeier zu stören. Jedoch sahen sich die AntifaschistInnen einem mittlerweile aufmarschierten massiven Polizeiaufgebot gegenüber, welches offensichtlich nur darauf gewartet hatte, den sich an die Rückseite des faschistischen Zentrums annähernden Demonstrationszug anzugreifen und einzukesseln. Es kam zu mehreren Verletzten, 69 Personen wurden z.T. äußerst brutal festgenommen und 132 zur Abgabe der Personalien gezwungen.
Wir bewerten das Vorgehen der Polizei als Schutz für die Faschisten vor einer Störung ihrer Rituale durch die Demonstration und als aktive Schützenhilfe durch das Vorbeiführen der Festgenommenen an filmenden Faschisten.
Damit nicht genug. Nachdem die Berichterstattung über antifaschistische Aktivitäten über Monate relativ positiv gewesen war, änderte sich das „Wohlwollen" der lokalen Printmedien in den Wochen nach den Aktionen gegen die „6. Hetendorfer Tagungswoche". Flankiert von dieser nun mitunter diffamierenden Berichterstattung gegenüber dem BgR, schickte die Stadt Celle eine „Abmahnung" an das BUNTE HAUS, ein seit Anfang 1996 bestehendes selbstverwaltetes Jugend- und Kulturzentrum. Vorausgegangen war der Diebstahl von Post des BgR durch die Polizei und deren Weiterleitung an den Oberstadtdirektor Martin Biermann. Begründung für den Versuch, das BUNTE HAUS dichtzumachen, war der Umstand, daß sich das Bündnis gegen Rechts dort traf (und trifft) und die ach so gewalttätige Antifademonstration dort ihren Ausgangspunkt hatte. (Aber auch eine Veranstaltung des Deutsch-Kurdischen Freundschaftsvereins Celle Ende Juli 1996.)
Ferner wurde unter fadenscheinigen Begründungen ein Postfach aufgekündigt, welches sowohl dem Bündnis gegen Rechts als auch anderen fortschrittlichen Initiativen aus Celle als Kontaktadresse diente. Gegen den Postfachinhaber läuft ein Ermittlungsverfahren.

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen im Raum Celle

Die Existenz des faschistischen Zentrums Hetendorf 13 wie auch paramilitärischer Faschistenverbände wie der Wehrsportgruppe Jürgens („Nothilfetechnische Übungs- und Bereitschaftsstaffel", kurz „TeNo") und ihrer Nachfolgeorganisation, dem Meißendorfer „Freundeskreis Kirsch-Knoop" ausgerechnet im Raum Celle ist kein Zufall: Faschisten können hier nahezu ungestört von jeglicher Öffentlichkeit ihre menschenverachtende Ideologie diskutieren, aber auch Strukturen weiterentwickeln sowie konkrete terroristische Aktionen vorbereiten.
Faschismus zu ignorieren, herunterzuspielen oder gar zu verleugnen, hat in dieser Region Tradition. Faschistische Weltbilder und Organisationen waren nicht mit der angeblichen „Stunde Null" aus der Welt geschafft. Die Bedingungen für ideologische, strukturelle und personelle faschistische Kontinuität waren und sind im Raum Celle äußerst günstig.
Dieser blieb von den Folgen des Zweiten Weltkrieges weitestgehend verschont. Der National„sozialismus" hatte mit seinen Autarkiebestrebungen, der Blut- und Boden-Ideologie und der rasanten militärischen Aufrüstung einen extremen wirtschaftlichen Aufschwung für die Region mit sich gebracht. Daher gab es eher weniger Anlaß zu einer Ablehnung des Hitlerfaschismus und zur Änderung der konservativen Grundhaltung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung.
Heute erzielen die (nicht nur) auf lokaler Ebene mit paramilitärischen Verbänden vernetzten faschistischen „Republikaner" mühelos überdurchschnittliche Wahlergebnisse - wie es bereits die „Niedersächsische Landespartei" (NLP, später „Deutsche Partei" - DP) nach '45 mit revanchistischen Forderungen tat. Erst kürzlich zog der Faschist aus dem Umfeld der „verbotenen" „Nationalistischen Front" (NF) Marc Grabow als Ratsherr in den Rat der Stadt Bergen, wie bereits 1994 der WSG-Chef Eckhard Knoop in den Ortsrat Meißendorfs. Ende '96 griffen Jungfaschisten wochenlang Punks in der Celler Innenstadt an. Unter ihnen war auch Marius Siwek (wie Marc Grabow Umfeld der „Ex"-NF), der sich an der „Schutztruppe" beteiligte, die sich während der „6. Hetendorfer Tagungswoche" auf dem „Heide-Heim"-Gelände aufhielt und durch Angriffe auf Antifas hervortat.

Militarismus und „Ruhe & Ordnung"

Der Landkreis Celle hat bei geringer Bevölkerungsdichte eine ländliche Struktur. Wirtschaftlich ist er zum einen ausgerichtet auf Klein- und Mittelbetriebe sowie auf Land- und Forstwirtschaft.
Und so ist zum anderen, neben staatlichen Institutionen (Justiz- und Verwaltungswesen), der militärisch-industrielle Sektor ein weiterer zentraler Wirtschaftsfaktor.
In den militärischen Einrichtungen der Bundeswehr wie auch der NATO-Streitkräfte gibt es, im Gegensatz zum kaum vorhandenen industriellen Bereich, viele „krisensichere Arbeitsplätze", welche gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten nicht in Frage gestellt werden.
Die gewollte Abhängigkeit vom militärischen Bereich wird noch verstärkt, etwa durch die Wahl des Standortes Unterlüß für das Technologie-Zentrum Nord (TZN). Auch hier wurden Arbeitsplätze als Grund vorgeschoben, um die Einrichtung einer weiteren militärischen Forschungsanstalt durchzusetzen.
Weiterhin kommt dazu, daß sich im Landkreis Celle und darüberhinaus der größte Truppenübungsplatz Westeuropas befindet. Es stört nicht, daß sich in seiner unmittelbaren Umgebung das ehemalige KZ Bergen-Belsen befindet. Es paßt im Gegenteil dazu, daß die Ausgestaltung der Gedenkstätte bewußt nicht in dem erforderlichen und auch möglichen Rahmen, sondern nur sehr zögerlich auf Druck von Unten geschieht.
Summa summarum ist die Bevölkerung dieser Region mit dem Militär und der dazugehörigen Geisteshaltung angesichts einer Tradition, die bis ins Wilhelminische Preußen zurückzuverfolgen ist, mehr als vertraut.
Auch die Stadt Celle erlebte mit der Machtübertragung an die NSDAP einen nie dagewesenen Wirtschaftsboom: Die Einrichtung des Reichserbhofgerichtes wie auch die Verzehnfachung der stationierten Wehrmachtsoldaten brachten „Brot und Arbeit" für die Bevölkerung und beeinflußten das gesellschaftliche Klima dementsprechend.

Die Stadt Celle selbst, die nach den Plänen der Stadtoberen - nicht zuletzt mit Blick auf das Spektakel „EXPO 2000“ - zum „Konferenzzimmer des Nordens“ werden soll, ist eine traditionelle Beamten- und Garnisonsstadt, vollgestopft mit auf „Ruhe und Ordnung“ drängenden Institutionen: Gerichte, Staatsanwaltschaften, Knast und militärischen Einrichtungen.
Hieran hat sich bis heute wenig geändert.

Celler Kontinuitäten

Nach der militärischen Niederlage Nazideutschlands waren die faschistischen ideologischen und strukturellen Kontinuitäten - gerade in so gesellschaftlich wichtigen Bereichen wie Polizeiapparat und Justiz - größtenteils ungebrochen. Als besonders augenscheinlicher Beleg sei hier der Bereich der personellen Kontinuitäten in Celle genannt. Z.B. ...

... Karl-Heinz Müller, der Juden und Jüdinnen in Südfrankreich verfolgte und nach Ausschwitz deportieren ließ. Kein Grund, ihn nicht nach 1945 als Hauptkommissar zu beschäftigen. Noch in den 80er Jahren tauchte er auf antifaschistischen Veranstaltungen auf, provozierte und leugnete den Holocaust.

... Dr. Heinrich Bunke, der an der T4-Aktion (Massenmordaktion des Hitlerregimes an Behinderten) beteiligte Euthanasie-Arzt, welcher in Celle lange Jahre als Frauenarzt praktizierte.

... Dr. Walter Zuzan, ehemaliges österreichisches NSDAP-Mitglied und nach '45 langjähriger Ressortleiter für Politik und Wirtschaft bei der „CZ“; noch heute propagiert er als Mitglied in der CDU-Mittelstandsorganisation CDA (Christlich-Demokratische-Arbeitnehmer) unverhohlenen Rassismus.

... Dr. Kurt Blanke, von 1941 bis 1944 Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes, Dienststelle Paris, im Range eines Oberkriegsverwaltungsrates, zuständig für „Judenfragen“ bzw. „Arisierung“ „nichtarischen“ Besitzes. Nach '45 brachte es Blanke als CDU-Mitglied bis zum Oberbürgermeister von Celle 1964 -1973. Am 05.01.95 durfte sich Blanke in der auflagenstarken „Celleschen Zeitung“ zu *„einem der dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte“* äußern. In dem von Chefredakteur Michael Rothfuchs geleiteten Gespräch darf sich der *„damals anwesende Zeitzeuge“* zu den Geschehnissen in der Reichspogromnacht in Celle äußern. Blanke sei über das *„erniedrigende Geschehen“* derart erschüttert gewesen, daß er tags darauf seinen Austritt aus der SA erklärt hätte. Damit sollte unzweifelhaft eine grundsätzlich kritische Haltung Blankes zum Regime suggeriert werden. Im weiteren darf dieser behaupten, daß die breite Öffentlichkeit vom Lager Belsen nichts gewußt habe, ebensowenig wie von Transporten mit KZ-Häftlingen: eine kaum zu überbietende, bewußte Lüge.

Oder oder oder ...

Insbesondere im Justizwesen in Celle fanden sich nach Kriegsende auffällig viele Rechts- und Staatsanwälte wieder, die sich im Hitlerfaschismus durch besondere „Pflichterfüllung“ ausgezeichnet hatten. So erstaunt es kaum, daß auch der Möchtegern-Chefverfolger der Antifabewegung und Erzreaktionär, Oberstaatsanwalt Manfred Endler (einer der Hardliner im skandalösen §129-Verfahren gegen die Göttinger Autonome Antifa (M)) seinen Arbeitsplatz in Celle hat.

Selbst ein Mitarbeiter des niedersächsischen Innenministeriums kommt in Bezug auf die Celler Polizei in einem Interview im Mai '94 nicht umhin, festzustellen: *„Wir wissen um die regionale Verwobenheit rechtslastiger Kreise mit staatlichen Institutionen“* ...

Faschistische und revanchistische Treffen in Celle

Faschistische und revanchistische Strukturen werden in Celle nicht nur heruntergespielt und verleugnet, sie werden von offiziellen Stellen wie auch der Lokalpresse sogar öffentlich akzeptiert, gutgeheißen oder hofiert.

Die Stadtchronik ist voll davon: Sei es das Bundestreffen des „Stahlhelm-Bundes“ 1983, sei es der „Deutsche Burschentag“ 1986 oder die Großveranstaltung der DVU 1989.

Bei dem Stahlhelm-Treffen drängten sich der damalige Oberstadtdirektor Ulrich von Witten (heute „Bund Freier Bürger“) und der damalige Celler Oberbürgermeister Hörstmann förmlich danach, ihre Grußworte persönlich loszuwerden. Es gehörte wohl auch zur Tradition, daß nach OB Dr. Kurt Blanke auch Hörstmann kein Hehl aus seiner SS-Mitgliedschaft machte.

Letztes „Highlight“ war der öffentliche Empfang von Massenmördern der faschistischen Wehrmacht im Rahmen des Bundestreffens der „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger“ im Oktober 1993, die seitens der Stadtoberen (u.a. von Oberbürgermeister Herbert Severin) empfangen wurden. Diese titulierten Hitlers Elitesoldaten als *„ehrenhafte Männer“*.

Faschisten und kapitalistischer Normalzustand

Nicht nur in Celle und Umgebung, sondern in der gesamten Bundesrepublik ist die gesellschaftliche Landschaft heute - mehr als 50 Jahre nach der militärischen Niederlage des Faschismus - geprägt von der menschenfeindlichen, macht- und profitgierigen Politik der Kapitalistenklasse, welche durch den Faschismus des „3. Reichs“ versucht hatte, ihre Macht zu festigen und auszubauen. Noch heute, trotz vieler emanzipatorischer Bewegungen und Kämpfe von „unten“, können die Herrschenden auf Autoritätshörigkeit und latenten Rassismus, auf Egoismus und Entsolidarisierung, auf den Kampf jedeR gegen JedeN eines großen Teils der Bevölkerung setzen. Dies umso mehr, als sie das System von Manipulation und Kontrolle, von Teile-und-herrsche, in den letzten Jahrzehnten immer mehr verfeinert haben.

Welches Interesse haben Staat und Parteien am Bestehen faschistischer Organisationen bzw. faschistischer Ideologie?

Offen und deutlich brachte der Sprecher des niedersächsischen Verfassungsschutzes, Hans Rüdiger Hesse, auf den Punkt, wie der Staat zu Faschisten steht, als er im Vorfeld der „6. Hetendorfer Tagungswoche“ 1996 erklärte, daß es sich dabei lediglich um ein *„Treffen der Alten und Ältesten“* handele, das zwar *„Eindeutig rassi-*

stische Züge" trage, aber *„keine Gefahr für den Rechtsstaat"* darstelle.
Im heutigen reaktionären Klima erleben faschistische „Politiklösungen", wie sie u.a. in Hetendorf 13 vorgedacht werden, eine Renaissance. Die sich seriös gebenden faschistischen Parteien (NPD, DVU, REP, ...) haben für die etablierten Parteien eine Wegbereiterfunktion für deren reaktionäre Politik. Mittlerweile haben CDU, SPD und FDP die Forderungen faschistischer Parteien in vielen Punkten übernommen, beispielsweise bei der Abschaffung des Asylrechts, oder sogar übererfüllt, wie in Fragen der „Inneren Sicherheit". Regierung und Kapitalvertreter betreiben menschenfeindliche und rassistische Hetze gegen sogenannte *„Sozialschmarotzer"* und gegen Flüchtlinge und MigrantInnen und schüren Nationalismus u.a. mit der *„Standort Deutschland"*-Propaganda.

Schauen wir uns selbst an, wenn wir den Mut dazu haben, und sehen wir, was mit uns geschieht.

Zunächst müssen wir ein unerwartetes Schauspiel über uns ergehen lassen: Das Strip-tease unseres Humanismus. Da steht er also ganz nackt da, kein schöner Anblick. Er war nur eine verlogene Ideologie, die ausgeklügelte Rechtfertigung der Plünderung. Seine Rührigkeit und Preziosität verbürgten unsere Aggressionen. Sie sehen gut aus, unsere Gewaltlosen: Weder Opfer noch Henker. Kommt mir bloß nicht damit. Wenn ihr keine Opfer seid, wenn die Regierungen, für die ihr gestimmt habt, wenn die Armee, in der eure jungen Brüder gedient haben, ohne Hemmungen und Gewissensbisse einen 'Völkermord' unternommen haben, dann seid ihr zweifellos Henker. Und wenn ihr euch dafür entscheidet, Opfer zu sein, ein oder zwei Tage Gefängnis zu riskieren, so habt ihr nur beschlossen, eure Hände aus dem Spiel zu ziehen. Aber ihr könnt sie nicht herausziehen. Seht doch endlich folgendes ein: wenn die Gewalt heute begonnen hätte, wenn es auf der Erde niemals Ausbeutung noch Unterdrückung gegeben hätte, dann könnte die demonstrative Gewaltlosigkeit vielleicht den Streit besänftigen. Aber wenn das ganze System bis zu euren gewaltlosen Gedanken von einer tausendjährigen Unterdrükkung bedingt ist, dann dient eure Passivität nur dazu, euch auf die Seite der Unterdrücker zu treiben.
Ihr wißt genau, daß wir Ausbeuter sind.

Jean-Paul Sartre, September 1961

Die Verbrechen des Faschismus werden relativiert und „zu den Akten gelegt", um gleichzeitig in neuer Form die alten Ziele des deutschen Imperialismus - die Vorherrschaft in Europa, die Machtausdehnung nach Osten und den Zugriff auf Rohstoffe in aller Welt - erreichen zu können. In seinen *„Verteidigungspolitischen Richtlinien"* bezeichnet Rühe als *„Vitales Sicherheitsinteresse"* den *„ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt"*, wozu die Streitkräfte *„handlungsorientiert"* gestaltet werden sollen. Aus Hitlers *„Volk ohne Raum"* ist offenbar ein *„Standort ohne Rohstoffe"* geworden.
Faschistische Schlägertrupps erhalten vom Staat noch immer Rückenwind für Angriffe gegen Flüchtlinge und MigrantInnen, gegen Obdachlose, Linke und alle, die nicht in ihr menschenverachtendes Weltbild passen. Mit ihrem Terror bewegen sie sich auf der Linie des staatlichen Rassismus. Die offen faschistischen bzw. terroristischen Organisationen (FAP, NF und ihre Nachfolgeorganisationen, Wehrsportgruppen, ...) funktionieren als Vorhut der Herrschenden im Kampf gegen emanzipatorische Kämpfe. Sie greifen linke Zentren an und erstellen „schwarze Listen" linker AktivistInnen. Faschistischer Terror auf den Straßen und ihr Sich-Breitmachen im subkulturellen Milieu hat auch zu einem veränderten Klima in der Jugendbewegung geführt. Einerseits erreichen die Faschisten dadurch oft nur das Gegenteil ihrer Ziele, nämlich Solidarisierung und Widerstand der Linken. Andererseits kann aber nicht geleugnet werden, daß faschistische Aktivitäten besonders in der Ex-DDR teilweise eine Hegemonie erreicht haben, die Linke in einem ständigen Abwehrkampf hält, der Kräfte für andere mögliche Aktivitäten (sozialer, antimilitaristischer, antikapitalistischer, internationalistischer Widerstand ...) schluckt.
Auch deshalb genießen Faschisten staatliche Protektion, schützt die Polizei faschistische Zentren. Mehr noch, mittels Verfassungsschutz und anderen Geheimdiensten gründet und stützt der Staat selbst faschistische Zirkel. Faschisten und Staat haben ein gemeinsames Ziel: die Stabilisierung des kapitalistischen Systems, von Herrschaft und Patriarchat und die Zerschlagung fundamentalen, emanzipatorischen Widerstands.
Die von den Herrschenden immer wieder bemühte Totalitarismustheorie, nach der rechts und links gleich seien, *„rechte und linke Schlägerbanden"* aufeinander losgingen, geht also an Funktion und Inhalten der Linken und der Rechten völlig vorbei: Tatsächlich kann kein Unterschied größer sein als der zwischen denjenigen, die Herrschaftsstruktur in höchster Totalität errichten wollen, und denjenigen, die Herrschaft und Ausbeutung bekämpfen.

Warum wir gegen faschistische Zentren vorgehen

Das Nazi-Zentrum Hetendorf 13 steht für ein breites, faschistisches Spektrum, daß sich hier ideologisch und praktisch schulen kann. Dies machte und macht es auch wieterhin notwendig, gegen stattfindende Treffen aktiv vorzugehen, sprich: sie zu verhindern bzw. die ländliche Ruhe durch gelegentliches Vorbeischauen zu stören.
Aktiv gegen faschistische Zentren vorzugehen, bedeutet auch, öffentlich zu machen, was dort passiert und wer sich dort trifft, sie aus der Anonymität zu reißen. Hetendorf 13 hat, als größtes Zentrum, bundesweite Bedeutung in der faschistischen Szene. Auch wenn hier mittlerweile weniger Treffen stattfinden, dient es weiterhin dazu, sich zu organisieren, Kontakte zu knüpfen und zu intensivieren, sich theoretisch, moralisch und praktisch zu stärken.
Sie sollen zurecht Angst vor uns haben, ihr Handlungsspielraum muß soweit wie möglich eingeschränkt wer-

den. Das ist auch antifaschistischer Selbstschutz, nicht mehr und nicht weniger!
Darüberhinaus bedeutet Autonomer Antifaschismus auch Angriff - und zwar dort, wo die Faschisten greifbar sind - und nicht, die staatlichen Institutionen anzurufen, in der Hoffnung, sie würden dem Treiben (z.B. durch Verbote) ein Ende setzen. Es ist nicht Staatsinteresse, dagegen vorzugehen, es sei denn, von den Faschisten geht eine so offensichtliche Gewalt aus, daß sie das pseudo-demokratische Antlitz der BRD ankratzen könnten.
Da wir wissen, daß Faschismus aus einer patriarchalen, bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft entsteht, müssen wir über den schlichten Anti-Nazi-Kampf hinausgehen! Eine Schließung dieses Zentrums, eine Vertreibung der Faschisten aus allen ihren Zentren ist lediglich *ein* Schritt. Konsequenter Antifaschismus muß weiterführen, muß die ideologischen und strukturellen Grundlagen des Faschismus angreifen, muß der Verbreitung und Verankerung faschistischer, rassistischer und sexistischer Inhalte entgegenwirken, egal von welchen Teilen der Gesellschaft diese kommen.
Immer mehr rassistische Übergriffe und Morde bewirkten in breiten Teilen der Gesellschaft nicht etwa ein konsequentes Umdenken, sondern ein strikteres Vorgehen gegen die Menschen, die hier Zuflucht aufgrund von politischer, sexueller oder religiöser Verfolgung suchen: Abschiebungen in Folter und Tod.
(Staatlicher) Rassismus wird dadurch noch legitimiert, indem man eine *„nationale Identität"* beschwört und „die Deutschen" wieder zu einer *„Schicksalsgemeinschaft"* (Stoiber, CSU, 03.10.96) erklärt.
Es reicht einfach nicht, sich politisch nur gegen die faschistischen Auswüchse des Systems zu richten: Widerstand muß sich gegen dieses System mit seinem ausbeuterischen, patriarchalen und rassistischen Charakter als Ganzes richten, wenn sich wirklich etwas ändern soll.
Wir kämpfen für ***„eine Gesellschaft, in der die Kollektivität nicht Unterwerfung von Individualität bedeutet und Individualität nicht Konkurrenz und Egoismus; gesellschaftliche Verhältnisse, in denen alle Menschen die gleichen materiellen Voraussetzungen haben, sich allseitig zu entfalten"*** **(Jutta Ditfurth)**
Deswegen begreifen wir die Arbeit gegen Hetendorf 13 als *Teil* linker, antifaschistischer Politik. Unserer Meinung nach kann nur ein Zusammenwirken unterschiedlicher antifaschistischer Ansätze und Praxis, eine Zusammenarbeit von autonomen und bürgerlichen AntifaschistInnen, die Schließung des Nazi-Zentrums und darüberhinaus die Schaffung eines antifaschistischen Klimas in der Region bewirken. Damit und mit der seit mehr als zwei Jahren kontinuierlichen Arbeit gegen Hetendorf 13 und der bereits geschaffenen (relativen) Akzeptanz unseres Widerstands in der Region sind wir dem Staat ein Dorn im Auge.

Die Aktion gegen die Sonnenwendfeier war nicht der Grund, sondern der Anlaß zur Kriminalisierung

Bereits die Hetze von Verfassungsschutz und „Cellescher Zeitung" (*„Die Behörden rechnen mit massiven Protesten militanter Linksextremisten" „CZ"* vom 11.06.96) im Vorfeld hatte zum Ziel, potentielle TeilnehmerInnen an dem Widerstand gegen die „6. Hetendorfer Tagungswoche" von vorneherein abzuschrecken und ihn in „gut und böse" und „gefährlich und friedlich" zu spalten. Schließlich folgten folgerichtig 201 Ermittlungsverfahren gegen die TeilnehmerInnen der Aktion gegen die Sonnenwendfeier. So wird eine ganze Demonstration kriminalisiert. Nicht die Höhe der angedrohten Strafen, sondern vor allem die Anzahl der eingeleiteten Verfahren machen die neue Qualität aus. Die „Ungleichbehandlung" (s. Kasten zur Kriminalisierung) unter den Betroffenen stellt einen weiteren Spaltungsversuch gegenüber uns dar.

Die Kriminalisierung

Seit August 1996 war klar, daß die Aktion gegen die Sonnenwendfeier nicht ohne Folgen bleibt.
Zuerst kamen Anklageschriften (z.T. auch Strafbefehle) für die Unter-21-jährigen, woraufhin deutlich wurde, daß den „Jugendlichen" auf jeden Fall der Prozeß gemacht werden soll! Viele andere bekamen Einstellungsangebote gegen Zahlung eines Bußgelds von 200-400 DM.
Wenig später bekamen dann weitere Personen Strafbefehle, die bis zu 90 Tagessätze (1.800 DM) gehen. (Bei Verurteilung zu mehr als 90 Tagessätzen gilt der / die Angeklagte als „vorbestraft".)
Viele derjenigen, die Einstellungsangebote von der Staatsanwaltschaft bekommen haben, haben diese nicht angenommen: um sich solidarisch mit den Angeklagten zu zeigen, diese „Ungleichbehandlung" (Spaltung) von seiten des Staates nicht hinzunehmen und um Prozesse herauszufordern. Gegen die Strafbefehle wurde Widerspruch eingelegt, auch hier wird es zu Prozessen kommen.
Die Grundlage der **201 Ermittlungsverfahren** bildet der Vorwurf des sog. „Landfriedensbruchs", sowie bei vielen „Verstoß gegen das Versammlungsgesetz" und „Widerstand".
Die von den Betroffenen und Solidarischen gebildete Prozeßgruppe forderte die sofortige, bedingungslose Einstellung aller Verfahren und mobilisierte zu den anstehenden Prozessen, die bis jetzt alle zur Einstellung (z.T. mit Auflage) führten. Durch die Pressearbeit der Prozeßgruppe, der beteiligten Antifa-Gruppen und des Bündnisses gelang es, Hetendorf 13, den Widerstand dagegen und die Kriminalisierung überregional publik zu machen. Um die Verurteilung derjenigen abzuwehren, die aufgrund eines hohen Strafbefehls mit Verurteilungen, vielleicht bis hin zu Bewährungsstrafen rechnen müssen, entschied sich im Dezember '96 die Prozeßgruppe, über ihre Anwälte an die Staatsanwaltschaft Lüneburg heranzutreten und die Einstellung aller Verfahren zu fordern. Diese Verhandlungen scheiterten. Mehr noch, hierbei bestätigte sich die Vermutung, daß Einzelne herausgegriffen und verurteilt werden sollen. Solidarisiert Euch! Spendet und kommt alle zu den Prozessen!!!

Prozeßgruppe c/o Initiative gegen Hetendorf 13, Kornstr. 28/30, 30167 Hannover, Fax: 0511-1616711

Spendenkonto:
Stichwort „Hetendorf", Konto Nr. 37744119, Stadtsparkasse Hannover, BLZ: 250 501 80

Diese Kriminalisierung steht in der Kontinuität des Vorgehens von Polizei und Justiz gegen linke, widerständige Kräfte. In letzter Zeit waren dafür das Verfahren gegen

die Antifa M (Göttingen), die Strafverfahren gegen TeilnehmerInnen der Aktionen gegen die Castor-Transporte '95 und '96 sowie die 90 Festnahmen anläßlich eines Rekrutengelöbnisses in Berlin im Mai '96 beispielhaft. Außerdem zu nennen sind die über 50 bundesweiten Durchsuchungen linker Projekte und Wohnungen bzw. Festnahmen am 13.06.95. Getroffen werden sollten militante Gruppen wie RAF, K.O.M.I.T.E.E., AIZ, vor allem aber die Zeitschrift *radikal* und, wie Innenminister Kanther gerne zugab: *„die ganze Linke!"*

Mit der Demonstration wollen wir der Kriminalisierung, dem staatlichen Versuch, unseren Widerstand zu spalten und zu lähmen, entgegentreten.
Wir kämpfen weiter gegen faschistische Zentren, gegen Hetendorf 13. Unser Widerstand gegen faschistischen Terror, staatlichen Rassismus und faschistische Tendenzen in der Gesellschaft geht weiter.
Unser Ziel ist es auch, Hintergründe faschistischer und rechter Politik in der Region Celle auf der Demonstration zu benennen.

Gegen die Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstandes! Solidarisiert Euch mit den kriminalisierten AntifaschistInnen - Besucht die Prozesse!! Kämpfen wir gemeinsam weiter gegen Hetendorf 13 und alle anderen faschistischen Zentren!!!

Demonstration am 1. März 1997 um 13 Uhr in Celle (Triftanlagen)

V.i.S.d.P.: Bündnis gegen Rechts c/o Buntes Haus, Hannoversche Str. 30 F, 29221 Celle

Heraus zur Steckrübenschlacht!

Wem gehört die Stadt, das Land, der Fluß? -
Volx (auf)lauf gegen Ausgrenzung, Sozialabbau und Vertreibung!

Donnerstag 27. Februar 97
17.00 Rathausgalerie zu Wuppertal Elberfeld

Für ein würdiges Leben für alle Menschen! Schluß mit den Schikanen auf den Ämtern, Polizeiwachen und in der Innenstadt.

Am 27.Februar ist es genau 80 Jahre her, daß Wuppertaler Arbeiterinnen und Arbeiter der Kragen platzte. Sie hatten die Schnauze voll, vom Krieg und den täglichen Meldungen von den auf dem "Feld der Ehre" getöteten Familienangehörigen, sie hatten die Schnauze voll vom ewigen Steckrübeneintopf, vom Steckrübenschnitzel und der Steckrübenmarmelade. Sie wollten nicht mehr ertragen, daß die Reichen am Kriege verdienten, während die arbeitenden Menschen hungernd, frierend und krank sich in den Rüstungsfabriken zu Tode schuften mussten. Ya Basta, es reicht, riefen sie in bergischer Mundart und demonstrierten militant gegen den Hunger und die Kriegspolitik der herrschenden Klasse. In einer beispiellosen Demonstration, die unter dem Namen Steckrüben-Schlacht in die Wuppertaler Geschichte einging, stürmten über 10.000 Menschen durch die Stadt, demolierten das Rathaus und eigneten sich aus den Lebensmitteldepots und Geschäften Lebensmittel an. Dieser soziale Aufstand vorallem der Rüstungsarbeiterinnen war der Startschuß für eine ganze Reihe von Streiks und schließlich der Vorläufer für die Revolution von 1918.
Keine Frage, daß wir uns in dieser aufständigen Tradition begreifen, zumal sicherlich einige unserer Urgroßmütter beim Plündern mit am Start waren.

Deswegen wollen wir an diesem historischen Tag unsere Kampagne gegen die städtische Vertreibungspolitik, die mit Hilfe von schwarzen Sheriffs und Polizei, DrogengebraucherInnen, MigrantInnen, Punks und Obdachlose vertreiben will, fortsetzen. Sie ist eingebunden in eine bundesweite Kampagne gegen Ausgrenzung und Vertreibung aus den Innenstädten.
Der Ort unserer Begierde ist selbstverständlich die Rathausgalerie, sie ist das Symbol für Reichtum, Luxus und Verschwendung, bei gleichzeitig wachsender Armut in diesem reichen Land. Gerade hier vor der Rathausgalerie versucht die Polizei in Zusammenarbeit mit dem privaten Wachschutz der Rathausgalerie mißliebige Personen aus dem Straßenbild zu säubern. Hier, aber auch an anderen Stellen der Stadt wollen Geschäftsleute bestimmen, wer sich vor ihren Ladenzonen.aufhalten darf. Was sich - nicht nur- in Wuppertal ausbildet, ist eine Art soziale Apartheid. Das Ziel dieser "sozialhygenischen" Politik ist die Bekämpfung der sichtbaren Erscheinungsformen von zunehmender Armut und Elend, die Verhinderung von "Konzentration und Verfestigung" sowie das Sauberhalten "repräsentativer Räume und Visitenkarten der Stadt". Eine "gute" und effektive Vertreibungspolitik wird so zu einem wichtigen Standortfaktor. Reichtum soll sich ungestört präsentieren können, die von der Vermögenssteuer und von den Steuerspitzensätzen Befreiten sollen sich hier wohlfühlen, Reichtum soll ungestört konsumiert werden können."Die pure Anwesenheit von Bettlern könnte potentiellen Kunden so etwas wie ein schlechtes Gewissen machen und sie beim Kaufen beeinträchtigen."
Deswegen sollen die Armen, Kranken, Lauten, Verrückten und Bunten weg aus den Bereichen, in die sich gehobenes Publikum in der Innenstadt verirren könnte.
Der Umbau der Städte für gehobenen Konsum und Kulturvergnügen geht dabei einher mit der Reprivatisierung von öffentlichen Raum, der abgesichert wird durch eine Vielfalt von widerwärtigen Schwarzen Sheriffs, neuen Polizeistationen, einer medial gelenkten Drogenhysterie und bedient gezielt die vielfältigen Rassismen in dieser Gesellschaft.
Konkret in Wuppertal: hat die vom Einzelhandel durchgesetzte Polizeiwache am Döppersberg maßgeblich zur Vertreibung der Drogenkranken beigetragen, viele sind auf den Platz vor der Rathausgalerie

oder in das Viertel an der Hofaue.ausgewichen. Beide Viertel sollen aber in Zukunft die Schaufenster dieser Stadt sein, auch hier werden die Menschen über kurz oder lang nicht mehr geduldet, und dann von Bullen oder von privaten Wachschutz verjagt. Genau diese Entwicklung hat sich vor der Rathausgalerie zur Hatz auf schwarze und andere AusländerInnen zugespitzt. Viele dieser Jugendlichen haben schon Hausverbot, auch draußen werden sie immer öfter von zivilen und uniformierten Bullen kontrolliert, mit Platzverweisen schikaniert und "mal eben" zur Polizeiwache mitgenommen. Das berüchtigte "junkie jogging" der Polizisten von der Polizeiwache Hofkamp auf der Platte hat sich ausgeweitet zu einem Langstreckenlauf durch die Innenstadt.
Die Vertreibungspolitik in Wuppertal hat eine lange Tradition. Sehr plump war der Versuch, Anfang der achtziger Jahre mit einer Straßensatzung alle nicht für den Konsum in die Innenstadt geeilten WuppertalerInnen per Platzverweis aus der Innenstadt auszusperren... Dieser beispielose Vorstoß von SPDCDU scheiterte an dem massenhaften Widerstand der Betroffenen, mit Punkertreffen wunderbarsten Ausmaßes, mit legendären StraßenmusikerInnen, mit zahllosen Demos, die uns auch in die schöne Welt der Kaufhäuser führten, mit kreativen Aktionsformen vom gemeinsamen Frühstücken bis zum Volleyball Spiel mitten in der Einkaufszone wurde das angestrebte Einkaufen in ruhiger Atmosphäre zur Farce. Polizeiarmeen an allen Eingängen zur Innenstadt, die nach Augenschein Leute den Eintritt ins Einkaufsparadies verwehrten, störten mehr den Einkaufsfrieden als "vagabundiernde Punker und Raf-Terroristen" wie sich damals schon der CDU-Chef Richter ausdrückte. Der Einzelverband blies schließlich zum Rückzug:
Phantasievoller und entschiedener Widerstand zur rechten Zeit könnte auch heute die Pläne der Stadtoberen stören. Mit der Steckrübenschlacht wollen wir zurück in den öffentlichen Raum. Wir wollen nicht hinnehmen, wie Schritt für Schritt "mißliebige Minderheiten" vertrieben werden. Gleichzeitig gilt es zu verhindern, daß sich in der Innenstadt wieder Nazis oder Naziähnliche Gestalten, die sich als privater Wachschutz tarnen, breitmachen und AusländerInnen und Linke anpöbeln."Zurück auf die Straße" ist die Vorbedingung für politische Interventionen, die sich auf die Lebensumstände der Menschen hier bezieht:
Ne Menge Leute sind von der neuen sozialen Wirklichkeit von Verarmung und Massenarbeitslosigkeit betroffen. Die Sozialkürzungen und die neue Gesundheitsreform werden uns alle treffen. Weiter CDU oder PDS zu wählen, Fernsehen zu glotzen oder nur Selbsterfahrung zu betreiben wird die Herrschenden nicht daran hindern, die verschiedenen Bevölkerungsgruppen gegeneinanderauszuspielen und weitere Sozialkürzungen durchzusetzen. Kurz gesagt, es könnten ne Menge Leute Gründe haben sich gegen die Zumutungen der freien Marktwirtschaft entschiedener zu wehren. Deswegen wollen wir in den nächsten Wochen Debatten und Aktionen anregen, die uns vielleicht aus der Vereinzelung, der Machtlosigkeit und Ideenlosigkeit locken könnten, gegen die Entwürdigung im Alltag: auf den Ämtern, an den Arbeitsstellen und auf den Straßen...
Die Frage, wem die Stadt, wem das Land, wem die Häuser und die Fabriken gehören, kurz wie die Menschen hier leben wollen, ist zu allen Zeiten auf den Straßen entschieden worden.
Allein machen sie dich ein, Solidarität kann eine sehr belebende und mutmachende Waffe sein, das wissen wir spätestens seit dem Kampf um ein Autonomes Zentrum, das wissen wir von vielen Mobilisierungen gegen Nazibanden und aktuell aus den Kämpfen gegen den Castortransport im Wendland.
Von nix kommt nix!
Wenn wir wollen, können wir viele sein...

" Es nicht die Zeit, um wunschlos zu sein, die Entbehrenden denken auch gar nicht daran. Sie träumen davon, daß ihre Wünsche einmal erfüllt werden. Sie träumen davon, wie die Redensart heißt, bei Tag und bei Nacht, also nicht nur bei Nacht"
Ernst Bloch

Wir sehen uns in der Rathausgalerie, im Wendland, beim 2. Transbergischen Triathlon, beim Autonomen 1. Mai , vor dem Abschiebeknast in Büren und beim EU-Gipfel in Amsterdam...

AK Steckrübenschlacht mit freundlicher Unterstützung von Tante Elfriede, Kommando Christo, AK Katzenmusik, Grufties gegen rechts, Familie Rupprecht und wie sie alle heißen...
v.i.S.d.P: A. Reinsdorf Rohnberg 20 W.tal

WER BLEIBEN WILL SOLL BLEIBEN !

Die größte Abschiebeaktion in der Geschichte der Bundesrepublik hat begonnen. Fast eine halbe Millionen Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien, die im Krieg vertrieben wurden und nach Deutschland geflohen sind, werden gezwungen, das Land zu verlassen.
Getarnt wird diese rigide Massenabschiebung durch das scheinbar humanitäre Stufenkonzept. Die Massenabschiebung wird in viele kleine Abschiebungen zerlegt. Dies hilft, das Ansehen Deutschlands im Ausland zu wahren. Es kommt der Ignoranz deutscher BürgerInnen und Bürger gegenüber den Abschiebungen entgegen. Die Flüchtlinge sollen verunsichert und gespalten werden, Widerstand soll gar nicht erst aufkommen.
Offiziell wird von "Gästen auf Zeit" gesprochen, die es "zurückzuführen" gilt. Das klingt nicht unfreundlich, aber gemeint ist damit nur: KEIN Flüchtling soll rechtmäßig in Deutschland leben dürfen. Solange es galt, am Beispiel des ehem. Jugoslawien in der deutschen Bevölkerung für weltweite Kampfeinsätze der Bundeswehr Akzeptanz zu schaffen, wurde über Flüchtlinge aus Bosnien mit viel Mitgefühl berichtet. Dies ist nun vorbei. Der Bundesgrenzschutz vertreibt die Flüchtlinge nach Bosnien, wo sie dann von deutschen Soldaten "beschützt" werden können.
Während es in anderen europäischen Staaten mittlerweile ein uneingeschränktes Bleiberecht für Flüchtlinge aus dem ehem. Jugoslawien gibt, ist es für deutsche Politiker, Medien und weite Teile der deutschen Öffentlichkeit eine Selbstverständlichkeit, daß Flüchtlinge in Deutschland höchstens kurzzeitig geduldet werden. Im Amtsdeutsch bedeutet eine Duldung: die Abschiebung wird vorübergehend ausgesetzt.
Die Abschiebungen sind nicht das jähe Ende einer "Gastfreundschaft", sondern die logische Fortsetzung der deutschen Flüchtlingspolitik. Diese zielte von Beginn an darauf ab, möglichst wenige Flüchtlinge legal in dieses Land zu lassen. Der allergrößte Teil der Bürgerkriegsflüchtlinge war gezwungen, illegal einzureisen. Nur 17.400 BosnierInnen sollten z.B. im Rahmen sog. humanitärer Sonderkontingente nach Deutschland einreisen dürfen.
Die Zeit drängt. Die ersten Abschiebungen von Flüchtlingen aus Bayern und Baden-Württemberg sind bereits vollzogen, die Betroffenen per Charterflug nach Sarajevo ausgeflogen worden. Die Länderministerien haben die Sozialhilfeleistungen für die Flüchtlinge gekürzt und Ausreiseverfügungen verschickt. Auf diese Art wird ein Vertreibungsdruck erzeugt, damit möglichst viele Flüchtlinge "freiwillig" ausreisen. Es besteht kein Zweifel daran, daß alle Übrigen gewaltsam abgeschoben werden.
Es ist daher höchste Zeit unseren Protest auf die Straße zu tragen. Wir lassen uns nicht zu Komplizen und Komplizinnen der Abschiebepolitik machen. Mit vereinzelten kleinen Protestaktionen und Demonstrationen in verschiedenen Städten dieses Landes ist bereits ein Anfang gemacht worden. Wir wollen unseren Protest gegen die deutsche Vertreibungspolitik unüberhörbar machen und unsere Solidarität mit den Flüchtlingen zum Ausdruck bringen.
Die rigide Abschiebepoltik der Bundesregierung wird von den Medien und weiten Teilen der deutschen Bevölkerung unterstützt. Selbst kritische Teile der deutschen Öffentlichkeit stellen diese Politik nicht grundlegend in Frage, sondern fordern nur noch, die Abschiebungen humaner zu gestalten.
Es ist kein Zeichen von Humanität, mit den Abschiebungen nur zu warten, bis der Winter vorbei ist. Wir wollen, daß ALLE über ihren Aufenthalt selbst bestimmen können. Wir rufen alle Menschen auf, die Flüchtlinge tatkräftig und solidarisch zu unterstützen und die geplanten Abschiebungen zu verhindern !
Gemeinsam mit allen Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien, unabhängig von ihrer sog. "Nationalität" und Herkunft, sowie mit allen anderen, die sich mit uns für ein Bleiberecht in Deutschland einsetzen, wollen wir unseren Protest gegen die deutsche Flüchtlingspolitik auf die Straße tragen. Deshalb rufen wir auf zur

DEMONSTRATION am SAMSTAG, den 22. Februar 1997 um 12 Uhr in HAMBURG, Gänsemarkt

KEIN ZWANG ZUR RÜCKKEHR ! FÜR DAS RECHT AUF FREIE WAHL DES AUFENTHALTSORTES ! KEINE ABSCHIEBUNGEN ! WER BLEIBEN WILL,SOLL BLEIBEN !

Diesen Aufruf unterstützen folgende Gruppen und Organisationen: Frauengruppe SUKAINA, Hamburger Flüchtlingsrat, Hamburger Bündnis f. d. Überlebenden des Lübecker Brandanschlages vom 18.1.1996, Dir warns-Redaktion, off limits, interesna zajednica izbjeglica, SEKA e.V., Vive zene e.v., SDAJ , DKP, FrauenLesbenrat Asta Uni Hamburg,Tribunalgruppe, Büro Fluchtpunkt, DFG-VK, Glasmoorgruppe, Cafe Exil, BI Rudolfstr. *(alle Hamburg)*, Anti-Rassismus-Büro/ARAB, Anarchistische Alternative, Azubi-Initiative "Eat the rich", Chiapas Gruppe, Autonomes FrauenLesbenplenum, FrauenLesbenInfoladen MAFALDA, ASB-Ortsverband HB-Nord, AStA Uni Bremen, Weltladen im Asta Uni Bremen, AK Gesellschafts- und Kommunalpolitik im Asta Uni Bremen, AK kritischer JuristInnen, Studiengangsausschuß Jura, Forum entwicklungspolitischer Gruppen *(alle Bremen)*, Den Krieg überleben *(Kiel)*, EX-ASA *(Bielefeld)*, Landesweites Treffen d. antirassist. Gruppen in Baden-Württemberg, Komitee gegen die Bezirksstelle *(Reutlingen)*, Südbadisches Aktionsbündnis gegen Abschiebung *(Freiburg)*, Bündnis gegen Rassismus, Aktion Zuflucht *(beide Stuttgart)*, Bündnis gegen Abschiebehaft *(Tübingen)*, IBIS e.V., Viva Maria *(beide Oldenburg)*, Antirassistische Initiative, AG Asyl für Deserteure, Notruf f. vergewaltigte Frauen *(alle Berlin)*, Antirassismus Plenum *(Göttingen)*, Antirassistische Gruppen in Bonn/ArGiB, Für freies Fluten *(Hanau)*, Roma-UnterstützerInnengruppe *(Bochum)*, Ulla Jelpke PDS in NRW, Frauengruppe, AK Vernetzung, Annanymas, Vamos adelante *(alle Lübeck)*, Harburger Bündnis gegen Rassismus, medica mondiale

Mit Frosch und Qualle unterwegs im autonomen Dorfteich:

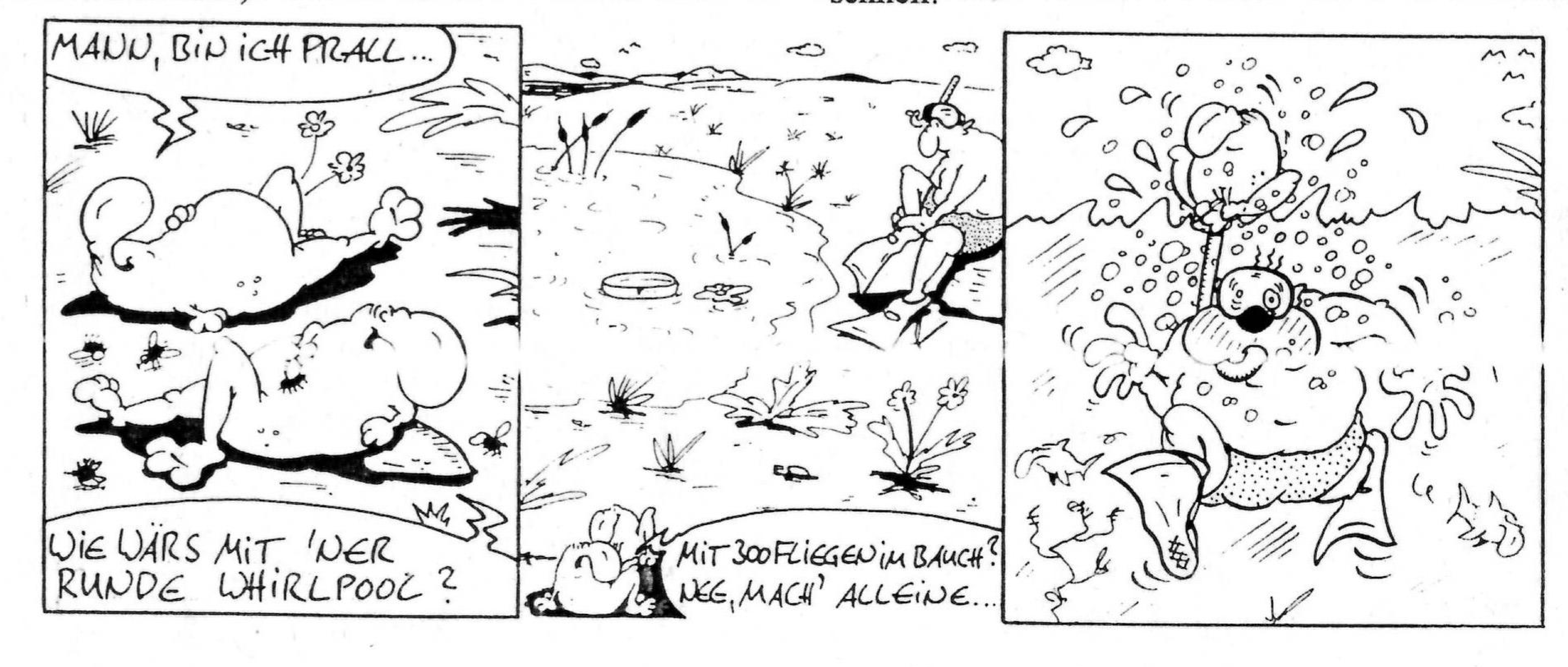
„Ich finde es genauso schlimm Stalinplakate zu kleben wie sie wieder abzureißen."

(Ein echter Null-Satz)

Hiermit wollen wir die von uns im *Wort zum Donnerstag* der interim Nr. 405 losgetretene Diskussion um Formen und Inhalte linksradikaler Politik in Berlin fortführen und auf die laut gewordene Kritik eingehen.
Vorab: Wir begreifen das *Wort zum Donnerstag* als eine Kolumne im allseits geschätzten Vereinsblatt der (Berliner) autonomen Scene. Dabei ist es einer Kolumne in ihrem Wesen als literarisches Genre zu eigen, durch Überspitzungen die angesprochenen Dinge klarer herauszuarbeiten. Daß demnach der Stil ein polemischer sein kann, liegt in der Natur der Sache schlechthin.

Dabei stößt uns auf, daß es scheinbar zu einer neuen (Un-)Kultur zählt
a.) falsch zu zitieren und
b.) sich bewußt Sachen herauszugreifen, die in ihrer Polemik dem Genre geschuldet sind, aber gleichzeitig den gesamten inhaltlichen Kontext links liegen zu lassen, weil es offensichtlich nur lästig erscheint, sich mit politischen Grundsätzlichkeiten abgeben zu müssen.
Ohne mit exzessivem Abarbeiten an einzelnen Kritikpapieren langweilen zu wollen, möchten wir zwei Anschludigungen - symptomatisch für viele - von uns weisen:
-zum Vorwurf des Stalinismus/ Geschichtslosigkeit: wir haben niemals behauptet, daß die AAB=Gulagaufseher seien, daß versucht *Hans Dampfablasser* zu suggerieren
-zum Vorwurf AAB-Leute schlügen Demo-TeilnehmerInnen zusammen: wir haben niemals behauptet, daß ein Mitlglied der AAB auf besagter „LLL-Demo" dem Genossen aufs Maul gehauen hat (die Rede war von den Organisatoren der Demo und nicht DER Organisation im Sinne der AAB-Kritik...)

Zu dem, was wir eigentlich sagen wollten:
Es macht keinen Spaß mehr, Diskussionen anzuschieben, weil sich ausschließlich am Stil der Papiere abgearbeitet, aber niemals konkret inhaltlich und sachbezogen argumentiert oder gestritten, sondern allenfalls mit kurzen Allgemeinplätzen („nötige und sinnvolle Kritik an AAB-Politik") Stellung bezogen wird.
Es stimmt uns bedenklich, daß heute von einem nicht unerheblichen Teil sich als linksradikal definierender Menschen alles toleriert, wenn nicht sogar unreflektiert unterstützt wird, was irgendwie nach „Politik" riecht, getreu dem Motto: „Hauptsache es passiert überhaupt noch was". Warum „passiert denn immer weniger"? Fehler autonomer Politik haben Ursachen. Diese können benannt und reflektiert und in einem zweiten, ungleich schwierigeren Prozeß Perspektiven erarbeitet werden. In den Medien der radikalen Linken erschienen dazu in den letzten Jahren diverse Texte, die unseres Wissens nach jedoch kaum diskutiert und wenn sie diskutiert wurden, kaum praktisch-politische Konsequenzen hatten. Auch wir haben die Weisheit nicht mit Löffeln gefressen. Doch scheint es uns symptomatisch, die eigenen Revolutionsträume bspw. auf die EZLN und den Trikont zu projizieren, anstatt dem eigenen sozialen Übel und dem ganzen Dreck hier vorort an die Wurzel zu gehen. Eine radikale Linke, die ihre eigene materielle Situation auszublenden versucht, anstatt einen kollektiven Umgang mit anderen zu finden, muß zwangsläufig eher zusammenschmelzen als daß sie an Attraktivität und Bedeutung gewinnt. Und von der „Politik im luftleeren Raum" auf den Boden der Tatsachen (Job, Kohle, Miete, kollektive Strukturen usw.) zu stoßen, geht doch ziemlich schnell.



Daß eigentlich Fatale einer solchen „bewegungshemmenden“ Politik ist für uns, nun im Umkehrschluß alle „linken“ Reste meinen zusammensammeln zu müssen. Die AAB will ein Bündnis mit allen irgendwie diffus „linksradikalen“ Resten schmieden - dazu zählen dann auch Maoisten, Stalinisten und Kleinst-K-Gruppen - anstatt nach Impulsen zu suchen, wie aus dem eigenen Ghetto heraus wieder gesellschaftliche Relevanz zu erlangen ist. Dieser Pragmatismus sucht nur nach Form, aber nicht dem Inhalt und der Qualität von linksradikaler Politik.
Besonders krass erscheint uns in diesem Zusammenhang das Ansinnen, mit diesem Charakter eines 1. Mai-Bündnisses ausgerechnet eine „Kiez-Demo“ durch Prenzlauer Berg unternehmen zu wollen. Und das möglichst unter Ausschluß der expilzit in diesem Stadtteil arbeitenden linksradikalen Gruppen. Würden sich nicht auch die GenossInnen im Wendland mehr als verscheißert vorkommen, wenn sie feststellen müßten, daß irgendeine Gruppe aus irgendeiner Stadt ohne irgendwelche Anfragen oder Absprachen mal eben ne Demo macht, für ein paar Stunden einfällt und dann wieder spurlos verschwunden ist?
Nicht minder krass erscheint uns, daß es von vielen GenossInnen aus Westberlin/der alten BRD einfach nicht wahrgenommen wird, daß es unterschiedliche Sozialisationen in Ost und West gibt. Wer im DDR-Alltag einschlägige Erfahrungen sammeln durfte und von stalinistischer Politik geprägt und sozialisiert wurde, der wird Grundpfeiler seines politischen Verständnisses nicht einfach so über Bord werfen. Genau diese Art von Politik wie um den 1. Mai, die keine Rücksicht auf Befindlichkeiten, nämlich das politische Selbstverständnis, der „Ost-Scene“ nimmt, von vornherein indiskutable Prämissen setzt und ihr Teil durchzuziehen und nicht genehme Kritik gar in die Counter-Ecke zu drängen versucht, weckt unangenehme Erinnerungen an die Schattenseiten der DDR. Wir finden es erstaunlich, wie sich Teile der Scene in offensichtlicher Übereinstimmung mit der herrschenden Meinung befinden, die eine „Ostsozialisation/Identität“ negiert und sieben Jahre nach der Wende gemäß dem Motto „wir seien doch sowieso alles Deutsche“ die Leute im Osten ihrer Geschichte berauben will.
Den Aufruf zur Zensur unseres vorausgegangenen Papiers möchten wir selbstredend unkommentiert lassen...

F.R.O.S.C.H. UND Q.U.A.L.L.E.



Termine Termine Termine Termine Termine Termine Termine Termine

Fr. 14.2.97, 20 Uhr omayra (internat.Jugend-,Kultur-und Bildungszentrum Engeldamm 68), Konzert "Dergah" türk./kurd. Folk

Sa. 15.2.97 22 Uhr EX-Disco, Gneisenaustr. 2a

22 Uhr S.E.K. Scharnweber Ecke Colbestr., Antifa-Party

12.30 Uhr S-Bhf.Kaulsdorf, Antifa-Gegenkundgebung

So. 16.2.97 13 Uhr Hauptbhf.Brandenburg, Antifa-Demo, Treffpunkt 12 Uhr Bhf.Zoo
10.30 Uhr omayra, Engeldamm 68, Kinderkino:Aladin und die Wunderlampe

Di. 18.2.97 19.30 Uhr omayra, Kino: Salvador (USA 1986)

Mi. 19.2.97 20 Uhr omayra, Engeldamm 68, Info-und Diskussionsveranstaltung zu den Streikbewegungen in Frankreich und Südkorea,Rey.:B.Beyer

Do. 20.02.97 20 Uhr Omega-Infoladen, Sparrstr.21 (U-Bhf.Leopoldplatz) Herzschmerzabend mit Video:Keiner liebt mich

Fr. 21.02.97 20 Uhr Schwarze Risse, Mehringhof, Gneisenaustr.2a, Lesung:Klaus Schlesinger liest "Die Rache mit Randow"

Sa. 22.02.97 12 Uhr Demo gegen Abschiebungen ins ehemalige Jugoslawien,HH

22.Uhr Soliparty Köpenikerstr. 137: 7. Jahrestag

Nun ist er vorbei, der "lange Sonnabend".
Die erste der beiden Demos, gegen den G-7- Gipfel im Opernpalais, war sehr kurzfristig organisert worden, wohl auch deshalb waren nur um die 400 Leute da. Bedeutender als die Zahl der TeilnehmerInnen finde ich aber erstmal ihren Charakter und die Stimmung auf der Demo. Und die war schlecht. Weder war irgendwie Wut zu spüren, noch schienen wir so richtig zu wissen, mit welcher Intention wir denn da jetzt durch die Stadt latschen. In diesem Zusammenhang habe ich Kritik an der Demo-Vorbereitung, auch wenn ihr einsames Engagement löblich und der Zeitmangel sicherlich mitschuld an eingen Fehlern war. Es geht ja darum, es das näxte mal besser zu machen.
Klar- solche Veranstaltungen zu stören ist eine gute Tradition und daß die Herren und Damen im Opernpalais Ärger verdient haben offensichtlich. Diese Demo hat aber weder durch Krawall(schlagzeilen?) am Weltstadtimage gekratzt, noch ist es gelungen, eigene Inhalte zu formulieren.
Für Veranstaltungen wie das G-7-Treffen -Berlin wird in Zukunft wohl häufiger zu solcherlei Ehren kommen- halte ich zwei (sich nicht unbedingt ausschließende und auch nicht ganz so klar trennbare) Konzepte für sinnvoll. Entweder man ruft erstmal diffus zu Störungen auf, etwa wie vor einem Jahr bei den Chaos-Tagen (die leider keine waren) zur Eröffnung des Lafayette. Das ist amüsant, sorgt für Presse-Resonanz, macht aber nur Sinn wenn solcherlei "Drohungen" von Zeit zu Zeit auch wahr gemacht werden und richtet sich in Sachen Teilnehme ausschließlich an die Szene. Das andere Konzept sind sorgfältig begründete Aktionen/Kampagnen-etwa Demos, Veranstaltungen, Reader oder gezieltere militante Aktionen, die möglichst vermittelbar sind.
Die G-7 -Demo entsprach meiner Meinung nach nicht den obigen Kriterien. Die Inhalte des Demo-Aufrufs waren nicht falsch, aber der darin offensichtlich unternommene Versuch, dem resignativen Zeitgeist (brr...) Wut und Hass entgegenzusetzen ist mißlungen. Es muß einfach immer wieder erklärt werden, warum wir ihre "Entwicklungspolitik" Imperialismus nennen und vorallem in unserer fundamentalen Kritik auch auf ihre konkreten Projekte eingegangen werden. Ansonsten hat das den Charakter von:"Ihr müßt nur feste dran glauben, daß die ganz, ganz schlimm sind, mehr sagen wir dazu aber nicht!" Dementsprechend kraft- und wutlos war auch die Demo.
Übrigens halte ich Ironie und Spaß nicht bloß für ein nettes Anhängsel, sondern sie sind eines der Elemente, die Widerstand "alltagsfähig" machen und nicht als Pflicht erscheinen lassen.
Ich weiß nicht genau, ob es besser gewesen wäre, die G-7-Demo ganz sein zu lassen. Vielleicht hätte es dann mehr unkontrollierbare Aktionen gegeben, vielleicht auch nicht. So wie sie war hatte die Demo auf jeden Fall den Charakter einer Notlösung, zu der wir irgendwie verpflichtet sind: Es wäre ganz einfach peinlich, wenn die G-7- Leute nach Berlin kommen und niemand was macht. Aber ich glaube es ist mehr und auch ermunternderes möglich, als das, was diesmal passiert ist...

Die linxradikale Antiatom-Demo am gleichen Tag mit knapp 3000 TeilnehmerInnen fand ich nett, die Stimmung war im großen und ganzen gut. Interessant wird wohl in erster Linie, was für eine Resonanz aus der Antiatom-Bewegung dazu kommt.
Ärgerlich war, daß es den Bullen mal wieder gelungen ist, im Anschluß an die Demo einige Leute festzunehmen. Wer sich vermummt, sollte vor allem nach der Demo gut drauf achten, wo sich diese plöden Eingreitrupps bewegen.
Ansonsten viel Wut, gute Laune und einen subversiven Alltag wünscht...

Samson

